



**HAUS  
DER FAMILIE**  
Rheinland-Pfalz

# HANDREICHUNG

## **Das Haus der Familie im ländlichen Raum – eine Handreichung**

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism)  
Dr. Kerstin Rock, Dipl. Päd.

Flachsmarktstraße 9  
55116 Mainz  
Tel.: 06131/24041-21

Februar 2009



Das Haus der Familie im ländlichen Raum –  
eine Handreichung

Herausgeber:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Familie und Frauen Rheinland-Pfalz

Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit

Bauhofstraße 9, 55116 Mainz

[www.masgff.rlp.de](http://www.masgff.rlp.de)

[bestellservice@masgff.rlp.de](mailto:bestellservice@masgff.rlp.de)

Verfasser/ -in: Davina Hüblich

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., (ism)

Flachmarktstraße 9

55116 Mainz

Tel: 06131/24041-0

Fax: 06131/24041-50

Mail: [ism@ism-mainz.de](mailto:ism@ism-mainz.de)

[www.ism-mainz.de](http://www.ism-mainz.de)

Gestaltung: Jürgen Ehlers

Druck: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Familie und Frauen Rheinland-Pfalz

ISBN 978-3-936257-39-7

Stand: März 2009

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

## Inhalt

<b>I.</b>	<b>Einführung und Überblick über die Handreichung.....</b>	<b>4</b>
<b>II.</b>	<b>Welchen Beitrag können die Häuser der Familien zur Entwicklung einer familienunterstützenden Infrastruktur im ländlichen Raum leisten?</b>	
<b>A.</b>	<b>Problemaufriss.....</b>	<b>6</b>
	1. Häuser der Familien im ländlichen Raum – die Fakten	
	2. Der ländliche Raum: seine Besonderheiten	
	3. Anforderungen an familienbezogene Unterstützungsangebote und Dienste im ländlichen Raum – Konsequenzen für die Häuser der Familien	
<b>B.</b>	<b>Lebensweltorientierung als Gestaltungsmaxime.....</b>	<b>16</b>
	1. Lebensweltorientierung in der Gestaltung der sozialen Infrastruktur	
	2. Lebensweltorientierung in der Gestaltung familienbezogener Unterstützungsangebote	
<b>C.</b>	<b>Strategieansätze zur Erschließung des ländlichen Raums.....</b>	<b>21</b>
	1. Strategie der Wegeverkürzung	
	2. Strategie der Erleichterung der Distanzüberwindung	
	3. Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken	
<b>D.</b>	<b>Schlussbemerkung.....</b>	<b>30</b>
<b>III.</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>31</b>

## Literatur

## Projekte – Kontaktadressen

## I. Einführung und Überblick über die Handreichung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine breit gefächerte und ausdifferenzierte soziale Infrastruktur herausgebildet, die sich mehr oder weniger gezielt an den Lebenslagen und Bewältigungsaufgaben von Familien orientiert. An erster Stelle sind hier die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu nennen, die darauf zielen, günstige Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen zu schaffen und Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen. Neben der Kinder- und Jugendhilfe gibt es eine breite Palette von Beratungsangeboten, die von der Schwangerenberatung über die Drogen- und Suchtberatung bis hin zur allgemeinen Lebens- und Schuldnerberatung reichen. Diese haben zumeist keine besondere Ausrichtung auf Familien, sondern einen problembezogenen Zugang. Mit dem Strukturwandel des Alters und befördert durch die Pflegeversicherung ist auch das Unterstützungssystem für ältere Menschen vielfältiger geworden. Neben den Einrichtungen der Altenhilfe etablieren sich in den Kommunen kommunikations- und kontaktfördernde Angebote und zeigen sich auch Ansätze, das bürgerschaftliche Engagement von älteren Menschen und das Miteinander der Generationen gezielt zu fördern. Darüber hinaus gibt es in den Bereichen Gesundheit, Arbeit, Wohnen und Kultur eine Reihe weiterer Angebote und Unterstützungsleistungen, die Familien zur Alltagsbewältigung und Entlastung in Anspruch nehmen können.

Allerdings stehen diese zum Teil hochgradig spezialisierten Dienstleistungen weitgehend unvermittelt neben einander und sind für die Nutzerinnen und Nutzer wenig transparent. Mit den Häusern der Familien als Anlaufstellen vor Ort soll hier Abhilfe geschaffen werden.

Durch die Zusammenführung unterschiedlicher familienbezogener Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozial-, Alten- und Gesundheitshilfe „unter einem Dach“, die Bereitstellung kompetenter Information und durch ein Mix von Angeboten mit problembezogenem Zugang sowie Alltagshilfen und offene, von Familien selbstorganisierten Gruppen und Aktivitäten, sollen für alle Familien einfachere und transparentere Zugangsmöglichkeiten zur sozialen Infrastruktur entstehen.

Um diesen Anspruch auch für diejenigen Familien einzulösen, deren Zugang etwa zu Bildungs- und Beratungsangeboten erschwert ist – wie zugewanderte oder so genannte bildungsferne Familien –, bedarf es besonderer Anstrengungen bei der Konzeption und Umsetzung von Häusern der Familie.

Eine weitere Herausforderung zeigt sich mit Blick auf den ländlichen Raum. In Rheinland-Pfalz gehören 70% der Landesfläche zum ländlichen Raum und 50% der Bevölkerung leben dort. Um für diese Familien gemäß dem Grundprinzip der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ Zugangsweisen zur sozialen Infrastruktur zu schaffen, muss das Konzept des Hauses der Familien weiterentwickelt werden. Insbesondere die Bündelung von Angeboten an einem Ort unter einem Dach gerät im ländlichen Raum, wo die Infrastrukturangebote häufig weniger ausdifferenziert und je nach Wohnort weniger gut erreichbar sind, an Grenzen. Vielmehr muss es hier darum gehen, neben der Schaffung eines räumlich erfahrbaren Zentrums als Anlaufstelle durch Kooperation, Vernetzung, Informations- und Wissenstransfer sowie durch dezentrale Modelle und Gehstrukturen vielfältige Zugänge in der Fläche zu schaffen.

Dies wiederum ist auch für die Häuser der Familien in städtischen Regionen interessant, denn auch dort ist es kaum möglich und sinnvoll, gewachsene Strukturen in Stadtteilen aufzulösen

und alle Angebote an einem anderen Ort neu zusammen zu führen.

Mit der vorliegenden Handreichung – Heft 1 einer Reihe zur Unterstützung der Konzeptarbeit in den Häusern der Familien vor Ort – soll die Frage in den Mittelpunkt gestellt werden, wie die Häuser die Familien im ländlichen Raum die Entwicklung einer familienunterstützenden Infrastruktur befördern können. In einem einführenden Problemaufriss werden der ländliche Raum und seine Besonderheiten sowie daraus resultierende Themen- und Aufgabenstellungen für die Häuser der Familien verdeutlicht. Als konkrete Anregung für die Praxisentwicklung soll die Diskussion von Satzungen, wie die Häuser der Familien Zugänge für Familien im ländlichen Raum erschließen können, dienen. Mit den hier formulierten Positionen und Rahmenbedingungen greift die Handreichung auf Diskussionsergebnisse einer Arbeitsgruppe bestehend aus Häusern der Familien, Jugendhilfeplaner/innen und der wissenschaftlichen Begleitung zurück. Entsprechend stammen die in der Handreichung dargestellten Praxisbeispiele auch häufig aus dem Kreis der teilnehmenden Häuser. An die Stelle herzlichen Dank den Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre engagierte Mitarbeit.

Die Handreichung richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verantwortlichen in den Häusern der Familien. Ihren Einsatzort mag die Handreichung auch bei all den Kooperationspartnerinnen und -partnern finden, die gemeinsam mit den Häusern vor Ort einen Beitrag zu Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien im ländlichen Raum leisten möchten.

## II. Welchen Beitrag können die Häuser der Familien zur Entwicklung einer familienunterstützenden Infrastruktur im ländlichen Raum leisten?

### A. Problemaufriss

#### 1. Häuser der Familien im ländlichen Raum – die Fakten

Rheinland-Pfalz erstreckt sich über eine Fläche von rund 20.000 Quadratkilometern. Mit einer Einwohnerzahl von mehr als 4. Millionen liegt die Einwohnerdichte (203 Einwohner pro km<sup>2</sup>) unter dem Bundesdurchschnitt. Die Landesfläche ist aufgeteilt in 24 Landkreise und 12 kreisfreie Städte. In den Landkreisen leben drei Mal so viele Menschen wie in den kreisfreien Städten.

In Rheinland-Pfalz gibt es entsprechend der Förderrichtlinien der ersten Modellprojektphase derzeit 36 Häuser der Familien, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt. Demnach sind 2/3 der Häuser in Landkreisen angesiedelt. Ihren Sitz haben diese 36 Häuser der Familien in Orten unterschiedlicher Größe.

Größe der Standorte	Anzahl der Häuser	Anteil in Prozent
Großstadt mit mehr als 100.000 EW	4	11,1
Mittelstadt mit 20.000 bis 100.000 EW	12	33,3
Kleinstadt mit 5.000 bis 20.000 EW	17	47,2
Gemeinde unter 5.000 EW	3	8,3

Mit einer Ansiedlung von 20 der 36 Häuser der Familien in Kleinstädten und Gemeinden agieren diese also mehrheitlich eher in ländlichen Strukturen denn in städtischen Milieus. Abgesehen von den Gemeinden und vier der Kleinstädte haben alle Standorte die Funktion von Mittelbereichen, d.h. sie sind gemäß der Landesentwicklungsprogramme<sup>1</sup> wichtige Bezugspunkte für das Alltagsleben und die Versorgung der Menschen in den entsprechenden Regionen. Diese Mittelbereiche werden im Rahmen der Landesplanung nach vergleichbaren raumstrukturellen Ausgangslagen bestimmten Raumstrukturtypen<sup>2</sup> zugeordnet.

Raumstrukturelle Ausgangslage	Anzahl der Häuser	Anteil in Prozent
Hoch verdichtete Räume	7	19,4
Verdichtete Räume	13	36,1
Ländliche Räume	9	25
Keine Mittelbereiche, ländlicher Raum	7	19,4

In ländlichen Räumen befinden sich knapp die Hälfte der Häuser der Familien; etwas mehr als 1/3 der Häuser sind in Verdichtungsräumen und ca. 20% in hoch verdichteten Räumen angesiedelt. Während hoch verdichtete Räume sich durch eine sehr hohe Dichte der Bevölkerung, ein hohes Angebot an Wohn- und Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen sowie wichtige Verkehrsverknüpfungen auszeichnen, nimmt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche, die Konzentration der Bevölkerung in größeren zentralen Orten sowie die Zentrenreichbarkeit

<sup>1</sup> Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2008, S. 22

<sup>2</sup> Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2006, S. 26f.

von verdichteten hin zu ländlichen Räumen stetig ab.

Auch innerhalb der ländlichen Räume sind unterschiedliche Ausgangsbedingungen gegeben. Zu den ländlichen Räumen gehören nicht nur Dörfer, sondern auch die dazugehörigen Klein- und Mittelstädte. Gerade die neuere Landesentwicklungsplanung hat versucht, solche zentralen Orte auf Entwicklungsachsen in ein besonderes Infrastrukturverhältnis zum Umland zu bringen. Zentrale Orte als „Versorgungskerne sollen soziale, kulturelle, wirtschaftliche Einrichtungen besitzen, die über die eigenen Einwohner hinaus die Bevölkerung des Verflechtungsbereiches versorgen“<sup>3</sup>. Die Größe und Lage solcher Zentren beeinflusst damit die Struktur des ländlichen Raums. So lassen sich je nach Lage zu den Entwicklungsachsen, die in der Regel den dominanten Wirtschafts- und Verkehrsströmen in den Regionen folgen, weitere Differenzierungen vornehmen, von ländlichen Räumen auf den Entwicklungsachsen bis hin zu ländlichen Räumen, die diesen Entwicklungsachsen abgewandt sind (periphere Dörfer). Während in den peripheren Dörfern die ehemals selbständigen dörflichen Zentren mit Kirche, Gemeindehaus, Grundschule etc. durch diese Konzentration auf zentralen Orte verloren gehen, entstehen an den infrastrukturell entwickelten Standorten bzw. Standortachsen - meist größere Dörfer oder ländliche Kleinstädte – teilweise auswuchernde, „trabantendorf“-ähnliche Neubaugebiete, in denen die Anteile der orts- und regionsfremden Neusiedler (in der Regel Pendlerfamilien) besonders hoch sind. Diese innerregionale Differenzierung des ländlichen Raums ist – nicht nur mit Blick auf die Verfügbarkeit von Konsum-, Kultur- und Sozialangeboten, sondern auch die soziale Integration – für die Ausformung von Lebenslagen und Lebensstilen der Familien von wichtiger Bedeutung.

---

<sup>3</sup> Stöckner 2008

### Auf einen Blick

Die 36 Häuser der Familien sind zum größten Teil in Orten angesiedelt, die für die Bevölkerung einen wichtigen Bezugspunkt bei der Bewältigung des Alltags darstellen. Knapp die Hälfte der Häuser befindet sich in ländlichen Räumen, wobei Land nicht gleich Land ist. Durch den Strukturwandel im ländlichen Raum sind Disparitäten entstanden zwischen produktions- und infrastrukturell gut entwickelten Standorten bzw. Standortachsen und peripheren Dörfern bzw. Gebiete mit schwächer ausgebildeter Infrastrukturausstattung.

## 2. Der ländliche Raum – seine Besonderheiten

Seit Modernisierungsprozesse immer stärker die ländlichen Regionen erfassen, wird es zunehmend schwieriger typische wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Merkmale für das Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu ermitteln. Auch kann Land nicht mehr einfach mit landwirtschaftlichem Siedlungsraum identifiziert werden. Wirtschaftlich hat die Landwirtschaft mit durchschnittlich 3 Prozent Erwerbstätigen in Deutschland nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Für das Landschaftsbild von Rheinland-Pfalz, wo 43 Prozent der gesamten Fläche des Landes landwirtschaftlich genutzt werden<sup>4</sup>, ist sie allerdings nach wie vor prägend.

Obwohl sich der ländliche Raum insbesondere seit den 1970er Jahren stark verändert hat – städtische Lebensweisen wurden hineingetragen, die Landwirtschaft zurückgedrängt, gestiegene Mobilität ermöglichte es, an den Randzonen größerer Städte auf dem Land zu wohnen und in der Stadt zu arbeiten – sollen im folgenden einige Besonderheiten hervorgehoben werden. Gemäß dem Anspruch der Häuser der Fa-

---

<sup>4</sup> Albrecht o.J.



milien, die Lebenslagen von Familien durch bedarfsgerechte und zugängliche Unterstützungsangebote zu verbessern, sollen Besonderheiten der Lebenslagen von Familien im ländlichen Raum sowie der Infrastrukturversorgung betrachtet werden.

### **Demographische Herausforderungen**

Folgt man den Bevölkerungsprognosen, so wird die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis 2020 um mehr als 128.000 Einwohnerinnen und Einwohner abnehmen<sup>5</sup>. Von diesem Bevölkerungsrückgang sind die Landkreise und kreisfreien Städte unterschiedlich betroffen. Für die ländlichen Räume, aber auch die Mehrzahl der kreisfreien Städte besteht höherer demographischer Veränderungsdruck, denn hier ist mit einem Bevölkerungsrückgang über 3 Prozent zu rechnen. Dagegen sind es überwiegend verdichtete Räume (15 Landkreise und 4 kreisfreie Städte), in denen die Bevölkerung zunächst sogar weiter wachsen bzw. nur im geringen Maße (unter 3 Prozent) abnehmen wird.<sup>6</sup>

Neben dem Bevölkerungsrückgang ist die Veränderung der Altersstruktur eine der wesentlichen Herausforderungen des demographischen Wandels. Als problematisch gilt sowohl die demographische Schrumpfung bei den jungen Menschen und der Bevölkerung im Erwerbsalter als auch das demographische Wachstum bei den älteren Bevölkerungsgruppen. Von diesen Verschiebungen in den Altersstrukturen sind die Landkreise stärker als die kreisfreien Städte betroffen. So wird für sechs Landkreise bis 2020 eine erhebliche Abnahme der 20- bis 65-Jährigen, also der Bevölkerungsgruppe, die sowohl im Erwerbsleben als auch im Ehrenamt aktiv ist, prognostiziert und für sieben Landkreise ist ein Zuwachs der 65- bis 80-Jährigen bis zu 14,2 Prozent vorhergesagt. Für die ländlichen

---

<sup>5</sup> Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2008, S. 28

<sup>6</sup> Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2008, S. 28ff.

Räume ergeben sich daraus vor allen zwei Probleme: Der in vielen ländlichen Gemeinden bereits stattgefundenen Rückgang wohnungsnaher Infrastruktur wird sich fortsetzen, da aufgrund der niedriger werdenden Bevölkerungsdichte die wirtschaftliche Trägfähigkeit für öffentliche und private Versorgungseinrichtungen und -dienstleistungen zunehmend gefährdet ist. Darüber hinaus verlangt die sich verändernde Altersstruktur von den Gebietskörperschaften der ländlichen Räume, aber auch der Verdichtungsräume Anpassungen bei der alters- und versorgungsspezifischen Infrastruktur. Damit ist neben der Sicherstellung einer möglichst wohnortnahen medizinischen wie sozialen Betreuung und Versorgung für ältere Menschen auch die Schaffung von Entlastungsmöglichkeiten für Personen verbunden, die die häusliche Versorgungsarbeit übernehmen. Nimmt man die rückläufigen Kinderzahlen in den Blick, so taucht eine weitere Anforderung auf, nämlich gerade in ländlichen Regionen Gelegenheitsstrukturen für Kinder und Jugendliche zum Zusammensein mit Gleichaltrigen zu schaffen.

### **Soziale Herausforderungen**

Gleichwohl die Gegensatzthese von ländlichem und städtischem Leben inzwischen nicht mehr zu halten ist, lassen sich bestimmte Besonderheiten in den Lebenslagen und darin enthaltenen Bewältigungsanforderungen für Familien im ländlichen Raum ausmachen.

Ein Blick auf ausgewählte Sozialstrukturindikatoren<sup>7</sup> zeigt, dass soziale Benachteiligungen in den rheinland-pfälzischen Städten weitaus größer ausgeprägt sind als in den Landkreisen. Betrachtet man etwa Arbeitslosigkeit als eines der grundlegendsten gesellschaftlichen Probleme

---

<sup>7</sup> Im Rahmen der landesweiten Berichterstattung zu dem Leistungsbereich „Hilfen zur Erziehung“ werden regelmäßig für das Land und die einzelnen Kommunen sowohl die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung als auch sozialstrukturelle Gegebenheiten abgebildet. Vergleiche dazu den 1. und 2. Landesbericht Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz



me unserer Zeit, so erhielten im Jahr 2005 in den kreisfreien Städten durchschnittlich 124,7 von 1000 Menschen zwischen 15 und 65 Jahren Arbeitslosengeld I und II, während es in den Landkreisen im Durchschnitt nur 78,7 Menschen pro 1000 dieser Altersgruppe waren<sup>8</sup>.

Eng verknüpft mit Arbeitslosigkeit ist Armut. Wem weniger als 50 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens zur Verfügung steht, wird statistisch als „arm“ bezeichnet<sup>9</sup>. Auf die staatliche Transferleistung „Sozialgeld“ angewiesen zu sein, bedeutet für die Menschen in der Regel ein Leben in Armut. In Rheinland-Pfalz traf dies im Jahr 2005 auf 123,1 von 1000 jungen Menschen bis unter 15 Jahren zu. In den Städten lag die entsprechende Quote mit 197 Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld pro 1000 der 0- bis 15-Jährigen<sup>10</sup> mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen, wo im Durchschnitt 94 von 1000 dieser Altersgruppe Sozialgeld erhielten.<sup>11</sup>

Auch was die Wohnsituation betrifft, scheint die Lebenslage von Familien in den Landkreisen insofern besser zu sein, als der dort pro Person durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnraum mit 46,5 m<sup>2</sup> im Jahr 2005 höher war als in den Städten (42,3 m<sup>2</sup>).<sup>12</sup> Allerdings ist die Wohnungsgröße nur ein Aspekt der Wohnsituation; legt man andere Kriterien wie etwa die Verfügbarkeit an wohnungsnaher Infrastruktur zugrunde, schneidet die Bewertung der Wohnsituation auf dem Lande sicher schlechter ab.

---

<sup>8</sup> Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 192.*

<sup>9</sup> Vgl. *BMFSFJ 2002, S. 139*

<sup>10</sup> *Die meisten Empfängerinnen und Empfänger von Sozialgeld sind junge Menschen unter 15 Jahren, die selbst noch nicht erwerbstätig sind und deren Eltern nicht durch eigene Erwerbstätigkeit für ihre Kinder sorgen können.*

<sup>11</sup> Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 194*

<sup>12</sup> Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 205*

Dieser geringere Ausprägungsgrad der aufgezeigten Belastungsfaktoren in den rheinland-pfälzischen Landkreisen darf allerdings nicht zu dem Schluss führen, dass „die Welt auf dem Lande“ noch in Ordnung sei und hier Familien weniger Unterstützung und Entlastung bräuchten. Sowohl die Scheidungsraten als auch Daten zur Familienstruktur zeigen, dass der familiäre Wandel auch vor dem ländlichen Raum nicht Halt gemacht hat. So waren in Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 12 von 1000 Minderjährigen von einer Scheidung ihrer Eltern betroffen. In den Landkreisen wurden durchschnittlich 13 und in den Städten 11,2 Kinder von 1000 mit diesem kritischen Lebensereignis konfrontiert.<sup>13</sup> Während sich diese Quote seit 2002 bei den Städten verringert hat, ist bei den Landkreisen in demselben Zeitraum ein Anstieg festzustellen. Der Anteil der Alleinerziehenden, der landesweit im Jahr 2005 bei 18,3 Prozent lag, fiel in den Landkreisen mit 16,6 Prozent geringer als in den kreisfreien Städten aus, wo 22,8 Prozent der Frauen mit Kindern allein erziehend waren.<sup>14</sup> Obwohl die Lebenslage „allein erziehend“ in den ländlichen Räumen demnach eine quantitativ geringere Bedeutung hat, ist aufgrund der schlechteren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen sowie des geringeren Angebots an öffentlichen Betreuungsangeboten für Kinder<sup>15</sup> eher damit zu rechnen, dass dies – kommt noch das Fehlen verwandtschaftlicher Netze hinzu – zu prekären Lebensbedingungen für die betroffenen Familien führt.

Ebenso wie die Familienstrukturen ist das Sozialgefüge auf dem Land einem grundlegenden Wandel unterworfen. Auch hier ist die für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wichtige Voraussetzung eines „funktionierenden

---

<sup>13</sup> Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 196*

<sup>14</sup> Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 199*

<sup>15</sup> *Textor 2004*

sozialen Nahraums“<sup>16</sup> in den Gemeinden nicht mehr selbstverständlich gegeben. Auch wenn das soziale Gefüge im ländlichen Raum noch stabiler ist – die Anzahl der Zu- und Fortzüge lag in den rheinland-pfälzischen Landkreisen mit einer Quote von 73 pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2005 deutlich unter der entsprechenden Mobilitätsrate der Städte (123,8 pro 1000)<sup>17</sup> – hat die gestiegene berufsbedingte Mobilität und Flexibilität auch das Miteinander auf dem Land verändert. Insbesondere in den peripheren Gebieten sind die jüngeren Generationen wegen fehlender Arbeitsplätze gezwungen, wegzuziehen oder pendeln in die Städte des Umkreises, so dass die entsprechenden Dörfer „aussterben“ oder zu Schlafdörfern werden. Gewachsene soziale Strukturen und familiäre Bindungen lockern sich. Dies trifft vor allem die zurückgebliebenen zumeist älteren Bewohnerinnen und Bewohner und die wenigen jungen Familien, die hier noch leben. Das Eingebundensein in Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft ist keine Selbstverständlichkeit mehr, auf die Menschen als unterstützende Ressource für die Alltagsbewältigung, aber auch als Aufgabe und Betätigungsfeld zurückgreifen können. Der Bedarf an öffentlich organisierter Unterstützung zur Kontaktgestaltung und Alltagsbewältigung steigt.

Im Gegensatz zu den peripheren Dörfern haben die ländlichen Zentren und die Orte im Umland der Städte in der Regel eine positive Wanderungsbilanz. Sie müssen den teilweise erheblichen Zuzug von orts- und regionsfremden Neusiedlerinnen und -siedlern bewältigen. Diese Neusiedlerinnen und -siedlern sind zumeist Familien mit Kindern, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend die großen Städte im Ballungskern verlassen haben, an den Rand der Städte und ins Umland gewandert sind oder aus den

peripheren Dörfern (Binnenwanderung) stammen. Für diese Neusiedlerfamilien braucht es jenseits der traditionellen Vereine und Institutionen neue Formen des sozialen Miteinanders, um Anschluss an die Dorfgemeinschaft zu finden und sich zu integrieren. Außerdem ist für diese Familien, in denen die Erwerbsbeteiligung der Mütter bei hoher Pendlerquote relativ groß ist<sup>18</sup>, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders relevant,

### Kulturelle Herausforderungen

In Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2006 rund 703.000 Menschen mit Migrationshintergrund<sup>19</sup>.

	Zugewanderte	Personen ohne eigene Migrationserfahrung	Insgesamt
<b>Ausländer</b>	Zugewanderte Ausländer 34%	Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung 11%	Ausländer 45%
<b>Deutsche</b>	Zugewanderte Deutsche 36%	Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung 19%	Deutsche 55%
<b>Insgesamt</b>	<b>Zugewanderte 70%</b>	<b>Ohne eigene Migrationserfahrung 30%</b>	<b>Personen mit Migrationshintergrund 703.000</b>

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Dies entspricht einem Anteil von 17,3 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von diesen Personen waren 315.000 Ausländer, wobei die türkische Staatsangehörigkeit am häufigsten (25 Prozent) vertreten ist, gefolgt von der italienischen (11 Prozent) und russischen (6 Prozent). Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich überwiegend um sogenannte Aussiedler

<sup>16</sup> Heitkötter 2008, S. 9

<sup>17</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 201

<sup>18</sup> Strohmeier 2008, S. 115

<sup>19</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 29

und Spätaussiedler handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind.

Die einzelnen Regionen in Rheinland-Pfalz weisen einen sehr unterschiedlichen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf. Es besteht ein deutliches Gefälle von den Industrieregionen im Osten und Südosten zu den stärker ländlich geprägten Räumen im Westen des Landes.<sup>20</sup> Während die Rheinpfalz und die Region Rheinhessen-Nahe gemäß dem Mikrozensus von 2006 mit 21 bzw. 20 Prozent einen überdurchschnittlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aufwiesen, lagen die Anteilswerte in den Regionen Westpfalz, Mittelrhein-Westerwald (jeweils 16 Prozent) sowie Trier (11 Prozent) unter dem Landesdurchschnitt.<sup>21</sup> Diese Tendenz bestätigt sich auch bei kleinräumiger Analyse im Vergleich der rheinland-pfälzischen Kommunen, der allerdings nur auf der Basis der Ausländerstatistik – also der Daten zur ausländischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz – möglich ist.<sup>22</sup> Generell ist der Ausländeranteil in den kreisfreien Städten des Landes wesentlich höher als in den Landkreisen. Ende 2006 lebten die meisten Ausländerinnen und Ausländer in den industriellen Ballungszentren Ludwigshafen und Mainz. Der Ausländeranteil der übrigen kreisfreien Städte bewegte sich zwischen 5 Prozent in Zweibrücken und 12,1 Prozent in Frankenthal. In den Landkreisen variiert der Anteil der ausländischen Bevölkerung zwischen 7 Prozent in den Landkreisen Ahrweiler und Neuwied sowie 2,5 Prozent im Landkreis Südwestpfalz.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 40

<sup>21</sup> Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 40

<sup>22</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2005 – 2006

<sup>23</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland 2005 – 2006, S. 48f.

Nicht nur hinsichtlich der anteiligen Zahlen, sondern auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Migrantinnen und Migranten nach Herkunftsland und kulturellem Hintergrund bestehen zwischen Stadt und Land Unterschiede. Von der Zuwanderung der Gastarbeiter aus Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien und der Türkei in den 1950er bis 1970er Jahren waren auf dem Lande nur die Klein- und Mittelstädte betroffen.

Mit der Aufnahme von Asylbewerbern und Aussiedlern in den 1980er und 1990er Jahren wurden dann auch die Dörfer mit dem Thema der Integration konfrontiert. Die für Asylsuchende, Flüchtlinge und Aussiedler eingerichteten Auffang- und Übergangwohnheime fanden sich vermehrt im ländlichen Raum, so dass dieser in überproportionalem Maße neue Bewohnergruppen aufzunehmen hatte. Da die Unterbringung mit weitgehender Immobilität der Unterkunftsbewohnerinnen und -bewohner einherging und die für die Versorgung notwendigen Arbeitskräfte häufig von den Betreibern mitgebracht wurden, entwickelten sich segregierte Wohnsituationen ohne Kontakte mit der ansässigen Bevölkerung.

Von den eingewanderten Aussiedlerinnen und Aussiedlern, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern orientierten sich insbesondere die Russlanddeutschen nach Auslaufen ihrer Wohnortzuweisung auf die ländlichen Räume. Da sie ihren Wohnsitz bevorzugt in Nähe zu Verwandten und Bekannten wählten, entstanden in Dörfern und Gemeinden konzentrierte Ansiedlungen.<sup>24</sup> Die besonders junge Alterstruktur der Aussiedlerfamilien führt dazu, dass überproportional viele Kinder und Jugendliche dort leben.

Auch wenn sie nicht als Zuwanderer gelten, sind ausländische Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörige in einigen ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz eine wesentliche Gruppe, wenn es um die Gestaltung des Zusammenle-

---

<sup>24</sup> Vgl. Schader Stiftung 2005

bens verschiedener Kulturen und Nationalitäten geht. Die US-Streitkräfte verteilen sich auf elf Standorte, von denen sich die Standorte mit größter Truppenpräsenz Ramstein, Spangdalem und Baumholder<sup>25</sup> alle im ländlichen Raum befinden.

Die Herausforderungen der Integration sind je nach Zuwanderergruppen und individueller Lebenslage unterschiedlich.<sup>26</sup> Generell erweist sich im ländlichen Raum die politisch mitverursachte räumliche Trennung von Einheimischen und Zugewanderten infolge der konzentrierten Ansiedlung von Aussiedlerfamilien sowie der segregierten Wohnsituation von Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie Stationierungskräften als erschwerend für die Integration. Der räumlichen folgt oftmals die soziale Ausgrenzung, da es an selbstverständlichen alltäglichen Begegnungsmöglichkeiten fehlt. In diesem Zusammenhang kann die ansonsten positiv bewertete Besonderheit des Lebens auf dem Land, nämlich die relativ hohe Stabilität gewachsener sozialer Bindungen (jeder kennt jeden), zu einer Integrationsbarriere werden. Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsprozesse verschärfen sich, wenn es aufgrund geringerer Teilhabechancen der zugewanderten Bevölkerung in den betreffenden Wohngebieten zur Kumulation bestimmter Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Armut etc. kommt. Die Gestaltung von Integration meint neben der Sicherstellung gleichberechtigter, gesellschaftlicher Teilhabechancen<sup>27</sup> im ländlichen Raum denn auch die Überwindung der räumlichen und sozialen Segregation. Neben der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen zur Begegnung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund sind sozialräumliche Entwicklungsprozesse erforderlich, um die teilweise

<sup>25</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2005 – 2006, S. 57

<sup>26</sup> Ausführlich wird dieses Thema in der Handreichung 2 „Das Haus der Familie mit und für Migrantinnen und Migranten gestalten“ behandelt.

<sup>27</sup> Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007, S. 4f.

bereits benachteiligten Wohngebiete wieder attraktiv für die dort lebenden und für die Ansiedlung anderer Bevölkerungsgruppen zu machen.

### **Infrastrukturverluste**

Der Siebte Familienbericht hat deutlich gemacht, dass Familien heute – um den Herausforderungen des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels begegnen zu können – Unterstützungsangeboten brauchen. Auch wenn hierbei insbesondere die Einrichtungen und Dienstleistungsangebote zur Betreuung und Förderung von Kindern sowie zur Unterstützung von Familien in den Blick geraten, hängt es von den örtlichen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit ab, wie Familien ihr Alltagsleben gestalten und Kinder aufwachsen. Die zur Verfügung stehende Infrastruktur ist ein Faktor, der die Qualität der örtlichen Lebensbedingungen mitbestimmt. Kurz definiert umfasst Infrastruktur die gesamte Grundausstattung eines Ortes, einer Gemeinde oder Region, die für das Funktionieren von Wohnen und Arbeiten notwendig ist.<sup>28</sup> Zu unterscheiden ist zwischen technischer Infrastruktur (Wasser- und Abfallversorgung, Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur) und Versorgungsinfrastruktur, worunter neben den Einkaufsmöglichkeiten, Banken, Post und Gemeindeverwaltung auch die Bildungs-, Kultur-, Freizeiteinrichtungen sowie das Sozial- und Gesundheitswesen fallen.

Generalisierung lässt sich feststellen, dass die Grundausstattung in ländlichen Gemeinden schwächer ausgebildet ist als in den Mittel- und Großstädten. Diese Diskrepanz verstärkt sich tendenziell in Richtung peripherer ländlicher Gebiete. Übereinstimmung besteht allgemein darin, dass die Infrastrukturausstattung des ländlichen Raums in den zurückliegenden 50 bis 100 Jahren Verluste zu verzeichnen hat, sowohl was die Breite als auch die Anzahl der öffentli-

<sup>28</sup> Henkel 2004, S. 321



chen und privaten Infrastrukturangebote be-  
trifft.<sup>29</sup> Dies ist nicht nur eine Folge der Sogwir-  
kung der Großstädte und Verdichtungsräume,  
sondern die größten Verluste sind überwiegend  
durch die landesplanerisch gewollte Konzentra-  
tion der Infrastrukturausstattung in den zentralen  
Orten<sup>30</sup> entstanden. Auch die in den 1960er und  
1970er Jahren durchgeführte kommunale Ge-  
bietsreform hat diesen Konzentrationsprozess  
begünstigt. Entsprechend sind die Infrastruktur-  
verluste in den kleinen Dörfern und in den peri-  
pheren Regionen besonders gravierend.

Verluste der Vorsorgungsinfrastruktur<sup>31</sup> zeigen  
sich vor allem bei den Einzelhandelsgeschäften  
und Poststellen, die auch örtliche Begegnungs-  
stätten waren, bei den Gemeindebüros, der ärzt-  
liche Versorgung sowie bei den Grund- und  
Hauptschulen. Die Kindergartensituation hinge-  
gen ist vielschichtig; neben zentralörtlichen Mit-  
telpunktkindergärten gibt es auf dem Land auch  
Kindergärten in kleineren Dörfern. Eine nach wie  
vor gute Erreichbarkeit bzw. flächendeckende  
Präsenz haben in der Regel Kirchen und Pfar-  
rämter, die Geldinstitute und Banken sowie die  
Volkshochschulen, die ihre Veranstaltung be-  
wusst dezentral durchführen. Auch Einrichtun-  
gen und Angebote im Sport-, Spiel- und Frei-  
zeitbereich haben in den letzten Jahrzehnten  
auf dem Land zugenommen, wobei orts- und  
zielgruppenspezifische Defizite bestehen.

Eine Folge der gesunkenen Infrastrukturangebo-  
te insbesondere in den peripheren Regionen und  
kleineren Dörfern ist die Vergrößerung der  
Wegedistanzen zu Schulen, Einkaufsmöglichkei-  
ten, Ärzten oder Behörden. Dies bedeutet für  
alle Haushalte einen erheblichen zeitlichen und  
finanziellen Mehraufwand. Da auch der öffentli-  
che Personennahverkehr des ländlichen  
Raums, der heute überwiegend durch Buslinien

geleistet wird, durch eine Ausdünnung der Stre-  
cken und Fahrtfrequenzen gekennzeichnet ist,  
treffen die ungünstigen Infrastrukturverhältnisse  
vor allem Personen, die nicht motorisiert sind,  
wie Kinder und Jugendliche, alte und behinderte  
Menschen sowie Hausfrauen, wenn kein Zweit-  
wagen angeschafft werden kann. Deren Akti-  
onsradius wird eingeschränkt bis hin zum gänz-  
lichen Verzicht auf bestimmte Angebote, wes-  
halb auch von „Raumopfern“<sup>32</sup> die Rede ist.  
Während es für die motorisierte Bevölkerung auf  
dem Land selbstverständlich ist, bestimmte  
Wegedistanzen zur Erreichung von Versor-  
gungsangeboten und -einrichtungen zu über-  
winden, ist die Schaffung von Zugangsmögli-  
keiten in der Fläche insbesondere im Hinblick  
auf die nicht-motorisierte Bevölkerung – Kinder,  
Jugendliche, alte und behinderte Menschen –  
bedeutsam.

### **Mangel an Kinderbetreuungsangeboten**

Auch wenn ein familienfreundliches Umfeld nicht  
auf die Frage der Vereinbarkeit von Familie und  
Beruf und damit die Verfügbarkeit von Kinderbe-  
treuungsangeboten reduziert werden darf, so ist  
ein quantitativ und qualitativ gutes Angebot an  
Betreuungsmöglichkeiten für die Organisation  
des Familienalltags wie auch für ein gerechtes  
Aufwachsen von Kindern eine wichtige Voraus-  
setzung. Hier ist das Versorgungsniveau in den  
ländlichen Regionen deutlich schlechter als in  
den städtischen Gebieten. Aktuelle Daten aus  
dem 2. Landesbericht Hilfen zur Erziehung in  
Rheinland-Pfalz belegen dies. Bei dem Platzan-  
gebot für Kinder unter 3 Jahren streut die Ver-  
sorgungsquote je 1000 der unter 3-Jährigen  
zwischen 61,7 Plätze in den Landkreisen und  
77,1 Plätze in den kreisfreien Städten.<sup>33</sup> Auch  
bezogen auf das Ganztagsangebot für Kinder  
ab drei Jahre bis zum Schuleintritt war das An-  
gebot mit 217,1 Plätze pro 1000 im Durchschnitt

<sup>29</sup> Henkel 2004, S. 323

<sup>30</sup> Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rhein-  
land-Pfalz 2006, S. 41

<sup>31</sup> Henkel 2004, S. 322ff.

<sup>32</sup> Kunst 1995

<sup>33</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Familie und Frauen 2007, S.262

in den Landkreisen 2005 geringer als in den kreisfreien Städten (279,5 Plätze pro 1000)<sup>34</sup>. Noch deutlicher fällt der Unterschied bei der Verfügbarkeit von Hortplätzen für Kinder von 6 bis 15 Jahren aus. Hier standen für 1000 Kinder und Jugendliche 217 Plätze in den Landkreisen und 380 Plätze in den kreisfreien Städten zur Verfügung<sup>35</sup>. Bedingt durch das „Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung“ (TAG) und die rheinland-pfälzischen Landesprogramme zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung und dem Ausbau der Ganztagschulen wurden in den Landkreisen in den letzten Jahren auch die institutionellen Betreuungsmöglichkeiten deutlich ausgebaut und nähern sich langsam dem Niveau der Städte an. Wie allerdings eine bedarfs- und flächendeckende Versorgung für die periphere Gebiete sicherzustellen ist, verlangt angesichts sinkender Bevölkerungszahlen besondere organisatorische und konzeptionelle Anstrengungen.

<sup>34</sup> *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 266*

<sup>35</sup> *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 274*

### **3. Anforderungen an familienbezogene Unterstützungsangebote im ländlichen Raum – Konsequenzen für die Häuser der Familien**

Die Anforderungen an Familien haben sich durch den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel verändert. Die instabiler gewordenen Familiensysteme, die mit der demographischen Entwicklung einhergehenden veränderten Generationenverhältnisse, die gestiegene Erwerbstätigkeit von Müttern sowie die fundamental veränderte Erwerbswelt mit ihren gestiegenen Flexibilitätsansprüchen und Ungewissheiten kennzeichnen diesen Wandel mit Blick auf Familien, Eltern und Kinder. Dies gilt für Familien in der Stadt wie auf dem Lande, wobei die Dimensionen des Wandels im ländlichen Raum zum Teil spezifische Ausprägungen erfahren. Folglich steht auch die Ausgestaltung von familienbezogenen Unterstützungsangeboten und Diensten auf dem Lande teilweise vor besonderen Herausforderungen, wenn es gilt den veränderten Anforderungen an Familien durch bedarfsgerechte und zugängliche Angebote zu entsprechen. Für die Häuser der Familien im ländlichen Raum lassen sich spezifische Aufgaben – und Themenstellungen ableiten.

#### **Auf einen Blick – Aufgaben- und Themenstellungen für die Häuser der Familien im ländlichen Raum**

##### **Land ist nicht gleich Land– Bezug der Angebote auf den Alltag und die Bedarfslagen der Familien in den jeweiligen ländlichen Sozialräumen**

Auf dem Land unterscheiden sich die Lebensbedingungen für Familien erheblich, wenn sie in den größeren Gemeinden, Klein- und Mittelstädten oder in nicht-zentralen Orten leben. Bestimmte Probleme des ländlichen Raums, wie etwa der starke Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Überalterung der Landbevölkerung oder der Infrastrukturverlust, betreffen in erster Linie die peripheren Gebiete und kleineren Dörfer. Deshalb müssen sowohl

die Ziele und Schwerpunkte als auch die konkrete Ausgestaltung familienbezogener Angebote je nach ländlichem Sozialraum variieren. Damit die Häuser der Familien dies tun können, brauchen sie Wissen über die Lebensverhältnisse und Bedarfslagen vor Ort.

### **Nicht-motorisierte Personen als „Raumopfer“ – Zugangsmöglichkeiten in der Fläche insbesondere für diese Bevölkerungsgruppen schaffen**

Die Häuser der Familien sind in der Mehrzahl in Orten (Mittelbereiche) angesiedelt, die für die Bewohner und Bewohnerinnen der entsprechenden Region Versorgungsknotenpunkte darstellen. Folglich werden die Standorte der Häuser der Familien von der Bevölkerung regelmäßig aufgesucht und kann das Angebot der Häuser quasi „mitgenommen“ werden. Zugangsschwierigkeiten haben jedoch all diejenigen Personen, die nicht motorisiert sind. Dies sind vor allem Kinder und Jugendliche, alte und behinderte Menschen sowie Familien, die sich keinen (Zweit-)Wagen leisten können. Mit Blick auf diese Personengruppen gilt es Zugangsmöglichkeiten in der Fläche zu schaffen – zu den Angeboten des Haus der Familien wie zur (sozialen) Infrastruktur allgemein.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert – bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote vor dem Hintergrund zum Teil geringer Kinderzahlen entwickeln**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestaltet sich im ländlichen Raum schwieriger als in den Städten, weil das Angebot im Bereich der Kindertagesbetreuung hier in der Regel geringer ist. Der Ausbau institutioneller Kinderbetreuungsmöglichkeiten durch Einrichtung von Krippen-, Ganztages- oder Hortgruppen in Kindertagesstätten bedarf gerade mit Blick auf die kleineren Dörfer mit abnehmenden Kinderzahlen einer Ergänzung um individuelle bzw. kleingruppenbezogene Betreuungsarrangements. Hier können die Häuser der Familien tätig werden, indem sie selbst entsprechende Betreuungsangebote organisieren oder bei der Information und Vermittlung tätig werden.

### **Familiäre und soziale Strukturen lockern sich – neue Kontakt- und Unterstützungsangebote für Senioren schaffen**

Aufgrund der demographischen Entwicklung und einer selektiven Abwanderung besteht in den nicht-zentralen Orten des ländlichen Raums ein deutlicher Trend zu Überalterung. In vielen Häusern und Straßenzügen wohnen nur noch ältere Ehepaare bzw. Verwitwete, während ihre Kinder – häufig arbeitsplatzbedingt – in die städtischen oder Verdichtungsräume abgewandert sind. Innerhalb der Familie geleistete Unterstützung bei der Alltagsgestaltung oder im Krankheits- und Pflegefall ist nicht mehr selbstverständlich. Neue Hilfe- und Unterstützungsangebote zu entwickeln und die soziale Einbindung älterer Menschen trotz eingeschränkter Mobilität und eines Rückgangs der örtlichen Infrastrukturangebote zu erhalten, stellt eine Herausforderung auch für die Häuser der Familien in ländlichen Regionen dar.

### **Zunehmende Vereinzelung von Kindern und Jugendlichen – Zusammensein in Gleichaltrigengruppen fördern**

Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen betrachtet, stellt sich der Bevölkerungsrückgang und die Überalterung in bestimmten ländlichen Gebieten – da auch die Familiengrößen und damit die Zahl der Geschwister abgenommen haben – als zunehmende Vereinzelung dar. Zudem fehlen in den kleineren Dörfern eigene Freizeitangebote wie Jugendhäuser oder Sportanlagen und können Freizeitmöglichkeiten der Umgebung wegen unzureichender Busverbindungen von Kinder und Jugendlichen selbst nur schwer erreicht werden.

Vor Ort sinnvolle und attraktive Freizeitgestaltung anzubieten und Möglichkeiten des Zusammenseins in Gleichaltrigengruppen zu schaffen, daran können auch die Häuser der Familien im ländlichen Raum mitwirken.

### **Integration von Zugezogenen in das ländliche Gemeinschaftsleben – Begegnungs- und Engagementmöglichkeiten schaffen**

Die zentralen Orte im ländlichen Raum – grö-



Bere Gemeinden, Klein- und Mittelstädte – haben teilweise viele Neubürgerinnen und -bürger gewonnen, die oftmals in Neubaugebieten an den Rändern siedeln. Meist sind dies Familien, die aufgrund subjektiv besserer Lebensbedingungen dem Dorf als Wohnort den Vorzug vor der Stadt geben. Die Neuzugezogenen gilt es in das ländliche Gemeinschaftsleben zu integrieren. Die traditionellen Vereine und Institutionen sind jedoch für diese mit den städtischen Lebensformen vertrauten Neusiedlerfamilien nicht immer attraktiv. Deshalb braucht es neue Begegnungs- und Engagementformen, durch die sie sich in das Dorfgeschehen einbringen und sozialen Anschluss finden können.

### **Segregation von Zugewanderten – Steigerung der Attraktivität betroffener Wohngebiete**

Trotz geringerer Migrantenanteile an der Landals an der Stadtbevölkerung, ist Integration auch ein Thema im ländlichen Raum. Vornehmlich Aussiedlerfamilien aus der ehemaligen Sowjetunion haben sich in den ländlichen Gemeinden angesiedelt. Im Zuge der Kettenmigration und Familienwanderung sind räumlich konzentrierte Ansiedlungen entstanden, in denen der selbstverständliche Kontakt mit der ortsansässigen Bevölkerung gering ist. Integration im ländlichen Raum muss deshalb unter anderem auch an der räumlichen und sozialen Segregation von Zugewanderten ansetzen. Neben Möglichkeiten der Begegnung und des wechselseitigen Kennen Lernens gilt es über sozialräumliche Entwicklungsstrategien die segregierten Wohngebiete aufzuwerten und für die Dorfbevölkerung attraktiv zu machen.

---

## **B. Lebensweltorientierung als Gestaltungsmaxime**

---

### **1. Lebensweltorientierung in der Gestaltung der sozialen Infrastruktur**

Die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen ist anerkanntes und normatives Prinzip für die Infrastrukturentwicklung im Rahmen der Landesplanung. Gleichwertigkeit wird in diesem Zusammenhang so interpretiert, dass nicht in allen Teilräumen des Landes gleiche Versorgungsstandards vorhanden sein müssen, sondern ein den jeweiligen Nachfrage- und Auslastungsverhältnissen angepasstes und qualitativ ausreichendes Niveau der Daseinsvorsorge zu sichern ist.<sup>36</sup> Auch für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur kann die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen nicht einfach mit quantitativer Flächendeckung gleichgesetzt werden. Vielmehr bietet sich das Konzept der Lebensweltorientierung, das vor allem von Hans Thiersch als Programm für die Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit ausgearbeitet wurde, als Gestaltungsmaxime an.

Das Konzept der Lebensweltorientierung zielt darauf, Menschen in ihren Verhältnissen, in ihren Ressourcen und ihren vorenthaltenen Partizipationschancen und ihren Schwierigkeiten des Alltags zu sehen und in ihrer Lebensbewältigung zu stärken. Soziale Arbeit wird nicht nur als individuelle, emotionale und materielle Hilfe zur Lebensbewältigung, sondern gerade angesichts der neueren gesellschaftlichen Entwicklungen auch als Bestandteil soziale Daseinsfürsorge und Interessensvertretung im Hinblick auf die

---

<sup>36</sup> *Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2006, S. 41*

Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit gesehen.<sup>37</sup>

Der Lebensweltorientierung wird der Vorzug vor Leitkategorie der Sozialraumorientierung gegeben, die in den letzten Jahren gerade für die Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe an Bedeutung gewonnen hat. Denn mit dem Begriff der Lebenswelt rückt die Orientierung an dem Alltag der Menschen und dem dabei erfahrenen Raum in Vordergrund. Dieser erfahrene Raum stellt sich sehr unterschiedlich für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen dar und ist nicht mit einem geographisch genau definierten Raum gleichzusetzen. Der gleiche Raum zeigt sich als Lebensraum für Kinder und Jugendliche oder wenig mobile Senior/innen und Senioren in seinen Möglichkeiten und Begrenzungen ganz anders als etwa für Berufspendlerinnen und -pendler.

Der Sozialraum, den die Sozialraumorientierung in den Mittelpunkt stellt, ist hingegen ein Planungskonstrukt, das entlang bestimmter geographischer, infrastruktureller, soziologischer oder administrativer Kriterien (z.B. Größe, statistische Bezirke, Zuständigkeitsgrenzen bestimmter Institutionen etc.) gebildet wird. Die Bildung solcher Sozialräume als Planungsräume zielt – allgemein gesprochen – auf die Stärkung von Verantwortungsübernahme für Sozialräume von Trägern und Diensten, auf Bedarfsorientierung und Vernetzung, dient aber auch als politische Strategie zur Steuerung, Finanzierung und Kontrolle der Sozialen Arbeit.<sup>38</sup>

Für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur – auf dem Land oder in der Stadt – gilt es über mögliche künstliche Grenzen von „Sozialräumen“ hinweg zu denken und auf der Grundlage von Erkenntnissen zu den Lebenswelten der Sozialraumbewohnerinnen und -bewohner passende Angebote zur Verfügung zu stellen, um gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten und

<sup>37</sup> Grunwald/Thiersch 2008, S. 13ff.

<sup>38</sup> vgl. Müller/Darius, S. 9ff.

bei der alltäglichen Lebensbewältigung zu unterstützen.

Neben der prinzipiellen Ausrichtung an den konkreten Lebenszusammenhängen und Erfahrungen der betroffenen Menschen konkretisiert sich das Konzept der Lebensweltorientierung in den Handlungs- und Strukturmaximen Prävention, Regionalisierung, Alltagsnähe, Integration und Partizipation.<sup>39</sup> Mit den Strukturmaximen der Regionalisierung und Alltagsnähe wird die Präsenz von Hilfen vor Ort, in der Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten gefordert, was sowohl Erreichbarkeit und Niedrigschwelligkeit von Angeboten, eine ganzheitliche Orientierung in den Hilfen als auch deren Einpassung in die konkreten regionalen Strukturen beinhaltet. Prävention zielt auf die Inszenierung unterstützender Infrastrukturen und auf die Bildung allgemeiner Kompetenzen zur Lebensbewältigung. Partizipation schließlich betont die Bedeutung von Mitbestimmung und Beteiligung der Betroffenen bei der Gestaltung von Hilfen.<sup>40</sup> Das Konzept der Lebensweltorientierung und dessen Konkretisierung in den Handlungs- und Strukturmaximen stellt also für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur einen normativ-fachlichen Orientierungsrahmen zur Verfügung, der in eine bestimmte Richtung zielt:

- Bezug der Angebote auf den Alltag und die Lebenslagen der Adressatinnen und Adressaten im Sozialraum
- Wahrnehmung der Adressatinnen und Adressaten als Akteurinnen und Akteure und nicht primär als Zielgruppe von Hilfen
- Einbindung der Angebote in die Strukturen des sozialen Nahraums und die Nutzung der darin vorhandenen Ressourcen und Potentiale

<sup>39</sup> Diese wurden im 8. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (1990) als fachlicher Orientierungsrahmen für eine lebensweltorientierte Kinder- und Jugendhilfe formuliert.

<sup>40</sup> Vgl. Grunwald/Thiersch 2008, S. 25f.

- präventive Ausrichtung durch Stärkung der Problembewältigungs- und Selbsthilfekapazitäten

## 2. Lebensweltorientierung in der Gestaltung familienbezogener Unterstützungsangebote

Was ist nun als Haus der Familie bei der Konzeption und Bereitstellung familienbezogener Unterstützungsangebote als Bestandteil sozialer Infrastruktur zu beachten, wenn man den Anforderungen folgt, die sich aus der Gestaltungsmaxime der Lebensweltorientierung ergeben.

Der **Bezug auf den Alltag und die Lebenslagen der Familien** verlangt als Ausgangsbasis für jegliche Angebotsentwicklung zunächst einmal ein Wissen darüber, wie der jeweilige Soziraum – sei es der gesamte Landkreis oder das einzelne Dorf – sich als Lebensraum bzw. Lebenswelt für bestimmte Zielgruppen darstellt. Das erforderte Wissen reicht von Kenntnissen über individuelle Lebenslagen und Zusammenhänge bei der Art der Raum- und Angebotsnutzung, über das Wissen über vorhandene Infrastrukturangebote bis hin zum Wissen über Ressourcen nachbarschaftlicher Hilfen, sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements (z.B. Vereine). Als ein erster Zugang zum Erwerb dieses Wissen können folgende Fragestellungen eine Strukturierungshilfe sein.

### Auf einen Blick – Fragestellungen für die Angebotsplanung und -gestaltung

- ⇒ Welche Räume, Orte und Infrastrukturangebote werden von Familien (Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen, älteren Menschen) gut erreicht, angenommen und genutzt?
- ⇒ Wie gestalten sich die Zugangsmöglichkeiten und wo liegen Zugangsbarrieren?
- ⇒ Welche Bedarfslagen / Angebotslücken zeigen sich mit Blick auf welche Personengruppen und Sozialräume?

⇒ Welche Ressourcen sind bereits vorhandenen (Einrichtungen, Träger, Vereine etc.) und wo liegen Ansatzpunkte für Kooperation und Vernetzung

Für die Beantwortung dieser Fragestellungen kommt dem öffentlichen Träger aufgrund seiner Gesamtverantwortung für Planung und Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe, Gesundheitshilfe und Eingliederungshilfe eine zentrale Rolle zu, denn seine Aufgabe ist es u.a., die für eine bedarfsgerechte Infrastrukturgestaltung notwendigen Daten zu erheben und zur Verfügung zu stellen. Die im Kontext familienunterstützender Angebote besonders relevante Jugendhilfeplanung etwa – so sieht es der Gesetzgeber vor – soll den Bestand und Bedarf an Diensten und Einrichtungen feststellen, sich dabei an den Bedürfnissen der jungen Menschen und Familien orientieren, möglichst eine sozialräumliche Perspektive einnehmen, freie Träger beteiligen und mit anderen Planungen abgestimmt sein.<sup>41</sup> In Rheinland-Pfalz wurden 2005 in fast allen Jugendämtern in einem bzw. in mehreren Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe Jugendhilfeplanung betrieben, jedoch waren nur in 2/3 der Ämter ausgewiesene Jugendhilfeplanungsfachkräfte mit den Planungsaufgaben betraut.<sup>42</sup> Auch wenn Jugendhilfeplanungsfachkräfte als direkte Ansprechpartnerinnen und -partner in manchen Kommunen fehlen, gilt es als Haus der Familien bei der Angebotsentwicklung mit dem öffentlichen Träger (Jugendämter, Sozialämter) zusammenzuarbeiten. Abgesehen von neun der derzeit vorhandenen 36 Häuser der Familien, die in kommunaler Trägerschaft sind, geben nur ein Drittel der Standorte in einer schriftlichen Befragung an, dass sie inhaltlich-konzeptionell von der Kommune unterstützt werden. Welche Unterstüt-

<sup>41</sup> Vgl. Münder 2006, S. 946ff.

<sup>42</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 234ff.

zungsleistungen die Häuser der Familien etwa von Seiten der Jugendämter erwarten können, dazu wurden in einer Arbeitsgruppe zum Thema „Häuser der Familien im ländlichen Raum“ von den teilnehmenden Jugendhilfeplanungsfachkräften folgende Punkte genannt.

#### **Auf einen Blick – Unterstützungsmöglichkeiten der Jugendämter**

- ⇒ Wissen über Bedarfe, Angebote und Strukturen bereitstellen
- ⇒ Planungsdaten und Interpretationswissen bereitstellen
- ⇒ Konzeptentwicklung in den Häusern der Familie begleiten (in Form von Mitarbeit in Gremien, regelmäßigen Kooperationsgesprächen etc.)
- ⇒ Politische Lobbyarbeit für die Häuser der Familien machen (Platzierung von Themen und Informationen in Bürgermeistersprechstunden, Jugendhilfeausschuss etc.)
- ⇒ Kooperation mit bestehenden kommunalen Leistungsstrukturen wie BeKo-Stellen, Kita etc. ermöglichen

Wie die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern in Fragen der Gestaltung familienbezogener Unterstützungsangebote einfach und pragmatisch erfolgen kann, zeigt ein Praxisbeispiel. Unter Koordination der Jugendhilfeplanerin wurden von den Fachkräften der Sozialen Dienste und der Kreisjugendpflege Ideen zu wünschenswerten und notwendigen Angeboten im Rahmen des in der Kommune ansässigen Haus der Familien gesammelt, schriftlich festgehalten und an die Verantwortlichen im Haus der Familien übergeben.

Vor dem Hintergrund des erarbeiteten Wissens über den Sozialraum als Lebensraum gilt es zur **Wahrnehmung der Familien als Akteure** unter Beteiligung der Adressaten die Angebote weiter

auszugestalten. Dabei sind die systematische Befragung und Information von Zielgruppen nur erste Schritte hin zu einer aktiven Beteiligung. Das Konzept Haus der Familie enthält weitere Ansatzpunkte für eine umfassendere Partizipation:

- Als Bestandteil eines aktiven Gemeinwesens soll das Haus der Familie sich zu einer Gelegenheitsstruktur für Vereine, Initiativen und Selbsthilfegruppen entwickeln, indem sie dort Räume sowie einen Organisationsrahmen für Aktivitäten vorfinden.
- Familien sollen im Haus der Familie nicht nur konsumieren, sondern zu Ko-Produzenten des Geschehens werden, indem sie Angebote durchführen oder daran mitwirken, sich an Gruppen und Vernetzungsaktivitäten beteiligen und das Haus als Ort der Begegnung mit Leben füllen.

Damit Beteiligung gelingt, muss dies auch mit einer Übertragung von Verantwortung und Entscheidungsgewalt einhergehen. D.h. die ehrenamtlichen Akteure im Haus der Familie müssen Gestaltungsprozesse mit aushandeln können und Entscheidungskompetenzen übertragen bekommen.

Bei der Entwicklung familienbezogener Angebote gilt es weiterhin deren **Einbindung in die Strukturen des sozialen Nahraums und die Nutzung der darin vorhandenen Ressourcen und Potentiale** sicherzustellen. Maßgabe ist hierbei die Segmentierung und Partikularisierung bisheriger Angebote und Dienste für Familien zu überwinden – also kein Weiteres des Gleichen anzubieten –, sondern entsprechend der inneren Verwobenheit der Familienaufgaben und orientiert an der Alltagsgestaltung von Familien sinnvolle organisatorische und inhaltlich-konzeptionelle Verknüpfungen herzustellen. Damit rückt Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren im Sozialraum ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Das Konzept „Haus der Familie“ will, indem es als organisatorische

Klammer fungieren, die Kooperation zwischen den vor Ort vorhandenen Dienstleistern und Trägern von Angeboten und Diensten für Familien erleichtern. Einerseits soll dies durch die räumliche Zusammenführung unterschiedlicher, bisher nicht vernetzter Angebote der Bildung, Beratung, Information und Alltagshilfe für Familien und deren konzeptioneller Abstimmung im Haus der Familie erfolgen. Andererseits sollen sich unter dem virtuellen Dach des Hauses der Familie als sinnstiftende Idee Kooperationen im Sozialraum weiterentwickeln, was allerdings nur dann gelingen kann, wenn eine wechselseitige Win-Win-Situation entsteht, also für alle Beteiligten ein Mehrwert erkennbar wird.

Eine **präventive Ausrichtung** bedeutet für die inhaltliche bzw. konzeptionelle Ausgestaltung von Angeboten nicht nur auf kompensatorische Unterstützung in Problemlagen und prekären Lebenssituationen wie etwa Armut, Arbeitslosigkeit, allein erziehend etc. abzielen. Ebenso wichtig ist in der heutigen als risikoreich und unübersichtlich beschriebenen Gesellschaft, in der auch die Prozesse des Aufwachsens in der Familie weniger selbstverständlich werden<sup>43</sup>, Hilfe bei der alltäglichen Lebensbewältigung für alle Familien zu Verfügung zu stellen. Über die drei Grundpfeiler Beratung, Bildung und Information hinaus soll es im Haus der Familie weitere Angebote geben, die den Bedarf an Kontakt und Austausch ebenso wie an Unterstützung bei der Bewältigung der vielfältigen Alltagsaufgaben von Familien Rechnung tragen. Die Palette solcher Angebote reicht von Elterncafé, Mittagstisch und Frühstücksangebot über Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe bis zu hauswirtschaftlichen Hilfen und Angeboten der Freizeitgestaltung. Die konzeptionelle Ausgestaltung des Hauses der Familie als generelles Hilfeangebot für alle schließt – gerade wenn es um die Stärkung der Lebens- und Problembewältigungskapazitäten geht – zielgruppenspezifische

Angebote für benachteiligte Personengruppen nicht aus. Vielmehr ist die Bedarfsgerechtigkeit und Zielgenauigkeit der Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren ein Ausgangspunkt für erfolgreiches Arbeiten. Die Bedürfnisse von Familien variieren dabei nicht nur von Sozialraum zu Sozialraum, sondern sind, wie die Sinus Sociovision-Studie<sup>44</sup> gezeigt hat, je nach Milieu, dem die Familien zuzuordnen sind, verschieden. Demnach greifen also einfache Differenzierungen wie zwischen Stadt und Land, Familien mit und ohne Migrationshintergrund oder auch zwischen sozial benachteiligten oder privilegierten Personengruppen zu kurz, wenn es gilt Bedarfs- und Zugangsgerechtigkeit in den Angeboten sicherzustellen. Eine präventive Ausrichtung ist also auch eine lebensweltorientierte und zielgruppenspezifische Ausrichtung der Angebote und Kooperationspartnerinnen und -partner.

---

<sup>43</sup> Vgl. Rauschenbach 2008, S. 144

---

<sup>44</sup> Merkle 2008



## C. Strategien für Häuser der Familien zur Erschließung der Angebote für den ländlichen Raums

Im Teil A wurden aus den Besonderheiten des ländlichen Raums und spezifischen Bewältigungsanforderungen für die dort lebenden Familien Themen- und Aufgabenstellungen für die Häuser der Familien abgeleitet. Diese können die Häuser der Familien im ländlichen Raum bei der Gestaltung familienbezogener Unterstützungsangebote aufgreifen. Unter Rückgriff auf die Gestaltungsmaxime der Lebensweltorientierung wurden in Teil B zentrale Anforderungen formuliert, die es bei der Konzeption von Angeboten zu berücksichtigen gilt. Mit Teil C sollen nun die Bedingungen des ländlichen Raums wieder stärker in dem Blick genommen werden. Es wird der Frage nachgegangen, wie dem spezifischen Problem der (peripheren) ländlichen Regionen, der großen Wegedistanzen zu Infrastrukturangeboten im Allgemeinen, wie zum Haus der Familie im Besonderen, begegnet werden kann.

In Anlehnung an Überlegungen aus der Raumplanung zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur<sup>45</sup> lassen sich drei Strategieansätze unterscheiden, um Angebote in die Fläche tragen bzw. insbesondere für die nicht-motorisierten Bewohner weiter entfernter Ortschaften erreichbar zu machen.

- Strategie der Wegeverkürzung
- Strategie der Erleichterung der Distanzüberwindung
- Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken

<sup>45</sup> Vgl. Henkel 2004, S. 348 ff.

Diesen Strategieansätzen können Maßnahmen zugeordnet werden, die von bestimmten Angebotsformen über die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen bis hin zum Einsatz spezifischer Medien und Methoden reichen. Welche Maßnahmen zu wählen sind, ist nicht nur abhängig vom Sozialraum, den Zielgruppen und den angestrebten Zielen. Auch das Potential der Häuser der Familien ist verschieden, wenn es um die Umsetzung bestimmter Maßnahmen geht. So verfügen die Häuser der Familien durch ihre Trägerkonstellation, die eingebundenen Kooperationspartnerinnen und -partner sowie die Ausgangseinrichtung, aus der heraus sie sich entwickelt haben, im unterschiedlichen Maße über Andockstrukturen, Kontakte, Kooperationen oder weitere Ressourcen, die zur Erschließung der Angebote im ländlichen Raum hilfreich bzw. notwendig sind.

Strategieansätze	Maßnahmen
„Strategie der Wegeverkürzung“	<ul style="list-style-type: none"> <li>↻ Aufbau von Dependancen / Außenstützpunkten</li> <li>↻ Angebote mit direkte Gehstruktur (mobile Dienste, Besuchservice, Infobriefe)</li> <li>↻ dezentrale Angebote (Vortragsreihen, Sprechstunden, Angebote vor Ort z.B. in Kita's, Kirchengemeinden, Schulen)</li> </ul>
„Strategie der Erleichterung der Distanzüberwindung“	<ul style="list-style-type: none"> <li>↻ Einrichtung von Fahrdiensten, Fahrgemeinschaften etc.</li> <li>↻ Angebote an feste regionale Termine / Ereignisse (z.B. Markttag) anschließen</li> </ul>
„Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken“	<ul style="list-style-type: none"> <li>↻ Erschließung von Informationen / Beispielen guter Praxis (Infoplattform)</li> <li>↻ Transfer von Know-how in Form von Beratung, Prozessbegleitung</li> </ul>

### 1. Strategie der Wegeverkürzung

#### Zielsetzung

Im Zuge von Konzentrations-Reformen haben sich im ländlichen Raum für die Bewohnerinnen und Bewohner der nicht zentralen Orte die Wegedistanzen zu Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Behörden, Fachärzten und Krankenhäuser usw. erheblich vergrößert. Auch die Häuser der Familien im ländlichen Raum befinden sich – wie die meisten Infrastrukturangebote – mehrheitlich in Versorgungszentren (Klein-

städte, größere Gemeinden). Bei der Strategie der Wegeverkürzung geht es nun darum, die familienbezogenen Angebote näher dorthin zu bringen, wo die Familien leben, und so wieder Wege zu verkürzen. Diese Strategie sollte insbesondere bei solchen Angebote angewendet werden, die sich an alte und behinderte Menschen oder Kinder und Jugendliche richten. Der Aktionsradius dieser Personengruppen ist, da sie im Gebrauch privater Verkehrsmittel eingeschränkt sind, oftmals auf den Wohnort beschränkt. Aber auch wenn Familien erreicht werden sollen, die wegen kleiner Kinder oder zu pflegender Angehörige eher ans Haus gebunden sind, gilt es dieser Strategie zu folgen.

### **Maßnahmen und Ansätze in der Praxis**

Unter diese Strategie fallen vor allem zwei Maßnahmen:

- (1) Durch die **Einrichtung von Dependancen bzw. Außenstützpunkten** können über die eine zentrale Anlaufstelle „Haus der Familie“ hinaus weitere kleinere Anlaufstellen in der Fläche geschaffen werden. Die Dependance muss jedoch organisatorisch und personell vom Haus der Familie getragen werden, so dass zusätzliche Ressourcen erforderlich werden. Deshalb ist die Einrichtung von Dependancen auch nur dann praktikabel, wenn der Träger oder die Kooperationspartner des Hauses der Familie über geeignete Andockstrukturen an anderen Orten verfügt. Neben verfügbaren Räumlichkeiten sollten dort bereits Zielgruppen erreicht werden, wobei offenen und gemeinwesenorientierten Einrichtungen und Projekte der Vorzug zu geben ist.

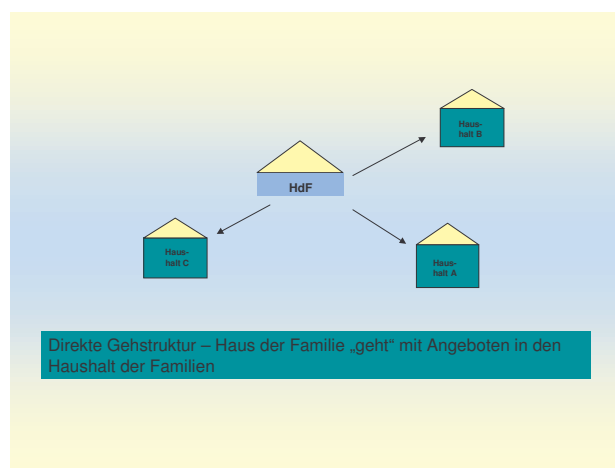
Die konzeptionellen Anforderungen an ein Haus der Familie sind in ihrer Breite sicher nicht in einer Dependance umzusetzen. Der Anspruch aber, als Wegweiser bzw. Lotse zu fungieren und den Familien vor Ort einen niedrigschwellige Zugang zu Informationen über vorhandene familienbezogene Einrich-

tungen und Dienste sowie qualifizierte Weitervermittlung zu bieten, sollte auch von einer Dependance eingelöst werden. Für die weitere inhaltliche Ausgestaltung der Dependance gilt prinzipiell, dass auch sie abhängig vom Sozialraum und den spezifischen Bedarfslagen der dort lebenden Familien ist. Darüber hinaus ergeben sich aus dem Profil und den Arbeitsschwerpunkten des jeweiligen Hauses der Familie bestimmte Kernangebote, die über die Dependance in die Fläche getragen werden können.

- (2) Die **Schaffung von Gehstrukturen** ist bereits im Konzept „Haus der Familie“ als Kernelement verankert. Folgt man einem Systematisierungsvorschlag aus dem Kontext niedrigschwelliger Familienbildung<sup>46</sup> so lassen sich unterschiedliche Formen von Gehstrukturen unterscheiden.

### **Angebote mit direkter Gehstruktur**

Angebote mit direkter Gehstruktur erreichen die Zielgruppen im eigenen Haushalt.



Innerhalb des Spektrums der familienbezogenen Hilfen und Dienste gibt es bereits eine Reihe von Beispielen für Angebote mit direkter Gehstruktur.

<sup>46</sup> Rupp 2003, 54ff.



**Ambulante soziale Dienste**, wie die familienentlastenden Dienste für Familien mit behinderten Angehörigen oder die Sozialstationen mit ihren Leistungsangeboten der ambulanten Kranken-, Alten- und Familienpflege, arbeiten nach diesem Prinzip und leisten Unterstützung im häuslichen Umfeld der hilfebedürftigen Personen. Speziell für Familien im ländlichen Raum gibt es das Unterstützungsangebot der **Dorfhelfer/innen**, die beim Ausfall der Hausfrau hauswirtschaftliche, pflegerische, erzieherische und zum Teil landwirtschaftliche Aufgaben übernehmen. Auch die in Rheinland-Pfalz flächendeckend eingerichteten Beratungs- und Koordinierungsstellen (**BeKo-Stellen**) führen die Beratung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen zumeist im Rahmen von Hausbesuchen durch.

Aus dem Bereich der Familienbildung und -beratung fallen unter direkte Gehstruktur die **Elternbriefe**, aber auch neuere familienbildende Angebote wie etwa die **Fam-Tische** als moderierte Gesprächsrunden in der privaten Wohnung von Familien zu Themen der Gesundheitsförderung und Sucht-Prävention.

#### **Praxisbeispiel aus den Häusern der Familien: Generationstische – ein Konzept des MGH Simmern**

Die Generationstische sind eine konzeptionelle Variante der Fam-Tische:

Vom MGH Simmern ausgebildete Moderator/innen werben Gastgeberinnen und -geber, die aus ihrer Nachbarschaft / Freundeskreis / Verwandtschaft zu einem Erfahrungsaustausch einladen. Thema des moderierten Austauschs ist das Miteinander der Generationen. Die Generationstische verstehen sich als Möglichkeit, Offenheit für die jeweils andere Generation zu wecken und die Möglichkeiten des Miteinanders auszuloten.

Speziell für sozial benachteiligte Familien und Familien mit Migrationshintergrund wurde das

**Hippy-Programm** konzipiert, dass im wesentlichen zu Hause durchgeführt wird und die Eltern bei der kognitiven und sprachlichen Förderung von vier- und fünfjährigen Kinder unterstützen will. Das Projekt **Stadtteilmütter** verfolgt eine ähnliche Zielsetzung und arbeitet mit Stadtteilmüttern als Hausbesucherinnen.

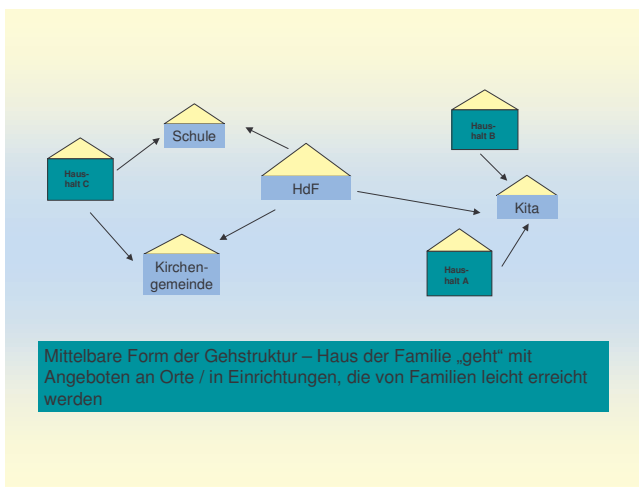
Auch ein großer Teil der **haushaltsnahen Dienstleistungen wie Babysitting, Hol- und Bringdienste oder Haushaltshilfen** – seien sie gewerblich, ehrenamtlich oder als soziale Dienstleistung organisiert – werden im häuslichen Bereich erbracht und sind so der direkten Gehstruktur zuzuordnen.

**Stolpersteine** bei der Durchführung von Angeboten mit direkter Gehstruktur liegen gerade in dem konzeptionellen Element, über das Erreichbarkeit hergestellt werden soll – der Präsenz der Hilfen im häuslich-privaten Bereich. Dies bedeutet – wenn auch in gut gemeinter Absicht – ein Eindringen von professionellen oder ehrenamtlichen Helferinnen und -helfern in die Privatheit und Intimsphäre der Familien. In diesem Kontext ist ein höheres Maß an Sensibilität, Respekt und Selbstbegrenzung auf Seiten der Helferinnen und Helfer ebenso wie an Vertrauen und Offenheit auf Seiten der Familie erforderlich als in öffentlichen Settings. Deshalb kann es hilfreich sein, Komm- und Gehstrukturen zu verbinden. Beispielsweise einem Angebot mit direkter Gehstruktur Angebote mit einem hohen Maß an Offenheit und Unverbindlichkeit im Haus der Familie oder anderen Institutionen vorzuschalten, um so Familien einen Einstieg zu erleichtern und Vertrauen aufzubauen.

Außerdem können Angebote mit direkter Gehstruktur – insbesondere wenn sie sich an benachteiligte Personengruppen richten – eher als stigmatisierend empfunden werden, weil die Inanspruchnahme von Hilfe durch den Hausbesuch für das direkte Umfeld offensichtlich wird.

## Mittelbare Form der Gehstruktur

Bei der mittelbaren Form der Gehstruktur werden familienbezogene Unterstützungsangebote dezentral an Orten erbracht, die im Alltagsleben der Familien von Bedeutung sind und / oder leicht erreicht werden können. Mit Blick auf den ländlichen Raum bedeutet dies, die Angebote wohnortnah, also auch in den kleineren Dörfern, durchzuführen.



Für eine dezentrale Durchführung geeignet sind Bildungsangebote wie Vorträge, Informationsabende und Kurse, aber auch Beratungsangebote im Gruppen- oder Einzelsetting lassen sich dezentral durchführen. Für manche Alltagshilfen oder offenen Begegnungsangebote müssen dagegen bestimmte räumliche und sächliche Rahmenbedingungen gegeben sein, um sie an anderen Orten anzubieten.

Aufgrund der nahezu flächendeckenden Präsenz bieten sich als Durchführungsorte und somit als Kooperationspartner für dezentrale Angebote im ländlichen Raum Kindertagesstätten, Schulen und Kirchengemeinden an. Auch Vereine als Kristallisationspunkte des öffentlichen Lebens können in Prozesse der Weiterentwicklung der familienunterstützenden örtlichen Infrastruktur einbezogen werden.

**Kindertagesstätten** sind noch vor den Schulen das größte flächendeckende institutionelle öf-

fentliche Angebot für Kinder. Sie erreichen nicht nur fast alle Familien mit kleinen Kindern, sondern sind auch häufig direkt am Wohnort, auch in den kleineren Dörfern des ländlichen Raums präsent. Die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen sind gemäß §22a SGB VIII angehalten, mit kinder- und familienbezogenen Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen, zusammenzuarbeiten und die Akzeptanz, Inanspruchnahme und Wirksamkeit der angebotenen Familienunterstützung durch eine verstärkte Kompetenzsowie Ressourcennutzung aller Beteiligten zu erhöhen<sup>47</sup>. Auch wenn der gesetzliche Auftrag zur Kooperation und Vernetzung nicht mit den in der Realität dafür vorhandenen Ressourcen in Einklang steht, ist die Schlüsselfunktion der Kindertagesstätten zu Erschließung von Unterstützungsangeboten für Familien unumstritten. Kindertagesstätten fungieren deshalb auch bei den „Eltern-Kind-Zentren“ und den „Familienzentren“, die eine ähnliche Zielsetzung wie die Häuser der Familien verfolgen, als Basiseinrichtung. Darüber hinaus lassen sich in der Praxis vermehrt Beispiele dafür finden, die Erreichbarkeit und Akzeptanz familienbezogener Beratungs- und Bildungsangebote durch die Kooperation mit Kindertagesstätten zu verbessern. Exemplarisch können die nachfolgenden Projekte stehen.

Das **Modellprojekt „Zugehende Beratung in Kindertageseinrichtungen“** der Lebensberatung des Bistums Trier, im Zuge dessen seit 2001 zwölf Lebensberatungsstellen regelmäßig Sprechstunden in 29 Kindertagesstätten anbieten, kommt zu einer positiven Bilanz, was die Eröffnung einfacher und zugänglicher Wege zur Beratung betrifft, auch wenn die Finanzierung über die Modellzeit hinaus noch offen war. Im Bereich der Gesundheitsförderung gibt es Programme der Vorbeugung wie das **TigerKids-Programm** zur Adipositasprävention, die das

<sup>47</sup> *Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter 2006; vgl. auch das Kindertagesstättengesetz des Landes Rheinland-Pfalz § 2, Absatz 2*

Setting Kindergarten nutzen, um auf Verhaltensänderungen bei Kindern wie Eltern hinzuwirken.

### Praxisbeispiel aus den Häusern der Familie: Effata – Vernetzung und Beratung in Kitas als Angebote des Hauses der Familie Gelbe Villa Kirchen

Das Haus der Familie Gelbe Villa Kirchen will unter der Bezeichnung Effata (Offenes Ohr) eine Gehstruktur aufbauen, indem in Kooperation mit Beratungsstellen zugehende Beratung in den Kindertagesstätten im Kreis Altenkirchen realisiert wird.

Auch wenn von **Schule** als wichtiger Bildungsort im Gemeinwesen zunehmend gefordert wird, enger mit anderen örtlichen Bildungsakteuren und -träger im Sinne der gemeinsamen öffentlichen Verantwortung für Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu kooperieren (12. Kinder- und Jugendbericht), ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit vor Ort nicht immer groß. Das Schulgebäude als Durchführungsort für Angebote zu nutzen, ist aber oftmals möglich und in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. So hat sich die Volkshochschule im ländlichen Raum zu einer gut akzeptierten Bildungsrichtung entwickelt, weil viele Veranstaltungen dezentral in Räumlichkeiten von Schulen angeboten werden.

Ein weiterer wichtiger Kooperationspartner für die Durchführung dezentraler Angebote im ländlichen Raum sind die **Kirchengemeinden**. Durch das gewachsene Netz der Pfarreien kann die Erreichbarkeit von Kirche und Pfarramt auf dem Lande allgemein als gut bezeichnet werden. Über die Kirchengemeinden und ihre Informationsorgane (Pfarrbriefe, Kirchenzeitungen) können Informationen gestreut werden. Außerdem sind die Kirchengemeinden selbst oftmals im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit oder Altenarbeit aktiv, so dass hier Anknüp-

fungspunkte für gemeinsame Aktivitäten und Angebote bestehen. Angeschlossen an Kirchengemeinden sind häufig auch pfarrliche Gruppen, wie etwa die katholischen Frauengemeinschaften oder kirchlichen Jugendorganisationen, die das dörfliche Gemeinschaftsleben prägen und für soziales Engagement aufgeschlossen sind.

**Vereine** spielen seit jeher eine wichtige Rolle im dörflichen Leben. Nach einer Repräsentativerhebung von 1999 sind Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Gemeinden (unter 5000 EW) deutlich stärker verbreitet als in Stadtregionen<sup>48</sup>, was vor allem auf die höher Vereinsmitgliedschaft der Landbevölkerung zurückzuführen ist. Es ist deshalb durchaus sinnvoll, die Vereine mit in den Blick zu nehmen, wenn es gilt vor Ort Anknüpfungspunkte für familienbezogene Angebote auszumachen. Je nach inhaltlicher Zielsetzung kommen andere Vereine als mögliche Kooperationspartner in Betracht. Die **Landfrauenverbände** beispielsweise bilden den größten Verband für Frauen im ländlichen Raum und organisieren schwerpunktmäßig Weiterbildung insbesondere zu den Themen Ernährung und Gesundheit, sind aber auch im Bereich beruflicher Bildung engagiert. Auf Interesse könnten etwa Angebote zur intergenerativen Begegnung bei den, in den letzten zwei Jahrzehnten in zahlreichen Dörfern und Kleinstädten entstanden, **Kultur- und Heimatvereinen** treffen.

Wie bereits deutlich wurde, ist die Umsetzung der mittelbaren Form von Gehstruktur nicht ohne **Kooperation und Vernetzung** denkbar. Nicht die Frage ob, sondern mit wem vor Ort zusammengearbeitet werden kann, ist für die Durchführung von dezentralen Angeboten entscheidend. Im Anschluss an die Identifikation von Institutionen, Vereinen und engagierte Einzel-

<sup>48</sup> *Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichen Engagement 2000*, S. 66

personen, die für Angebote werben, diese mitgestalten, als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fungieren oder Ressourcen zur Verfügung stellen können, gilt es diese als Kooperationspartnerinnen und -partner zu gewinnen.

Dabei haben sich aus dem Erfahrungsaustausch mit den Häusern der Familie in der AG „Ländlicher Raum“ folgende Strategien als hilfreich erwiesen:

⇒ **Vorhandene Kooperationsbeziehungen nutzen, um neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten**

Diesbezüglich haben die Häuser in Trägerschaft einer in der Sozialen Arbeit etablierten Trägerorganisation, der Kommune oder eines Trägerverbundes einen mehrfachen Vorteil. Sie verfügen in der Regel nicht nur über eine größere Zahl an externen Arbeitsbeziehungen, sondern können bereits intern – innerhalb des eigenen Trägers bzw. Trägerverbundes - Bezüge zu anderen Leistungsbereichen und Einrichtungen herstellen.

⇒ **An vorhandene Vernetzungsstrukturen andocken**

Um konkrete Kooperationen anzubahnen, ist die Mitarbeit in örtlichen und regionalen Gremien und Netzwerken hilfreich, da hier nicht nur persönliche Kontakte zu relevanten Akteurinnen und Akteuren geknüpft, sondern auch im gemeinsamen Erfahrungs- und Informationsaustausch Ideen zur Zusammenarbeit entwickelt und ggf. umgesetzt werden können.

Auf fachpolitischer Ebene sind für die Häuser der Familien der Jugendhilfe- und Sozialausschuss, in denen immerhin 21 der 36 Standorte über ihren Träger Mitglied sind, sowie Seniorenbeiräte und die sich in Gründung befindenden Beiräte für Migration und Integration relevante Gremien. Darüber hinaus gibt es eine Reihe fachlich-inhaltlicher Vernetzungsinitiativen, von den lokalen Bünd-

nissen für Familien und den lokalen Netzen zur Förderung von Kindeswohl und Kindergesundheit bis hin zu diversen thematischen Arbeitszusammenhängen (zu Pflege, Sprachförderung, häuslicher Gewalt etc.), in denen je nach Schwerpunktsetzung des Hauses eine Mitarbeit sinnvoll ist.

⇒ **„Bindungsklebstoff verteilen – Klinken putzen“**

Gemeint ist hiermit bereits weit im Vorfeld von Angeboten andere relevante Akteurinnen und Akteure im Sozialraum über das Vorhaben zu informieren und so – auch um Konkurrenzbedürfnisse entgegen zu wirken – möglichst weitgehende Transparenz über eigene Ziele herzustellen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Auch das gezielte Ansprechen von Schlüsselpersonen im Sozialraum ist in seiner Bedeutung für die Herstellung von Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft nicht zu unterschätzen.

⇒ **Win-Win-Situationen schaffen**

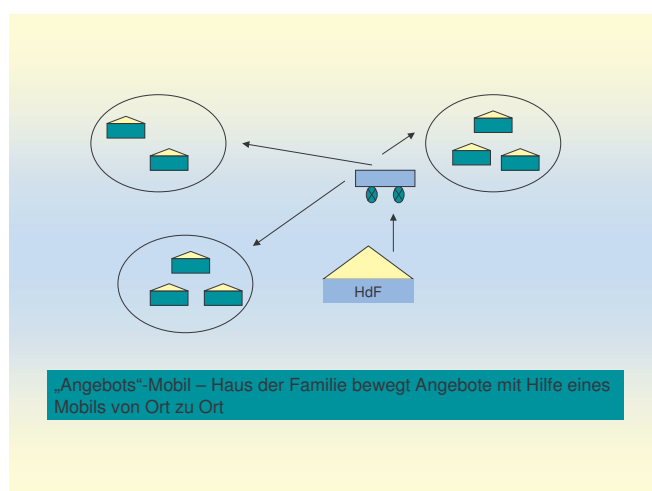
Alle Erfahrungen aus Kooperationsprojekten zeigen, dass eine gelingende Zusammenarbeit nicht nur gemeinsame Ziele, sondern auch einen je eigenen Nutzen für die beteiligten Kooperationspartner erforderlich macht. Dieser kann aus Perspektive von Trägern bzw. Institutionen in den viel beschworenen Synergieeffekten durch Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen oder in der Erschließung neuer Zielgruppen und Arbeitsfelder liegen; aus der Perspektive von ehrenamtlich engagierten Personen kann der Gewinn in Anerkennung, sozialem Kontakt oder Erweiterung von Wissen und Fertigkeiten bestehen. Das Aufspüren und Schaffen von Win-Win-Situationen ist deshalb für den Aufbau von Kooperationsbeziehungen von zentraler Bedeutung. Da auch in der Sozialen Arbeit zunehmend Markt- und damit Konkurrenzdenken Einzug gehalten



hat, ist dies kein einfaches Unterfangen und Kooperationsanfragen können vor Ort auch auf Ablehnung und Abgrenzung stoßen.

### „Angebots“-Mobil

Eine spezielle Variante der mittelbaren Form von Gehstruktur greift die Idee der mobilen Verkaufswagen auf, die im ländlichen Raum vielerorts an die Stelle von Dorfgeschäften getreten sind. Das Angebot wird in einem Mobil von Ort zu Ort bewegt. Dort soll es für eine begrenzte Zeit die örtliche Angebotstruktur ergänzen und / oder vor Ort die Entstehungen neuer Angebote initiieren.



Zu Veranschaulichung können die Projekte „Mobiler Jugendclub“ und „Mobile Elternschule“ angeführt werden, die beide diesem Prinzip folgen und speziell für den ländlichen Raum konzipiert wurden. Ausgehend von der Idee des Spielmobils wurde im Projekt „**Mobiler Jugendclub**“ ein Kleinbus mit Spiel-, Sport- und Freizeitgeräten ausgestattet, der nach einem Tourenplan in verschiedenen Ortschaften präsent ist. Mit dem Einsatz des Busses sollen Kinder und Jugendliche am Wohnort neue Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung geboten werden, außerdem können damit Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Wohnorten zu gemeinsamen Aktivitäten in einem zentralen Jugendtreff zusammengestellt werden.

Die **Mobile Elternschule** (MES) ist ein inzwischen beendetes Projekt des AWO-Bundesverbandes, um Familienbildung in ländlichen Regionen zu etablieren. Die Schwerpunkte lagen bei Angeboten zur Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern, bei Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte und trägerübergreifenden Vernetzungsansätzen. In enger Kooperation mit einer AWO-Gliederung vor Ort verblieben zwei Mitarbeiter/innen der MES 10 Monate an einem Standort und konzipierten / initiierten dort auf die regionalen Erfordernisse angepasste Familienbildungsangebote. Erste Kontakte zu Familien wurden über die mitgeführte Ausstellung empfehlenswerter Spielmaterialien und Bücher hergestellt. Um die Nachhaltigkeit der initiierten Angebote sicherzustellen, wurde frühzeitig die eigenverantwortliche Weiterführung und Trägerschaft durch örtliche Institutionen angebahnt.

## 2. Strategie der Erleichterung der Distanzüberwindung

### Zielsetzung

Neben der Verkürzung kann dem Problem der teilweise große Distanzen zwischen familienbezogenen Unterstützungsangeboten im Haus der Familie und den Wohnorten der Adressatinnen und Adressaten auch dadurch begegnet werden, dass den betroffenen Personen die Überwindung der Wegedistanz erleichtert wird. Obwohl hier zunächst einmal ganzheitliche Überlegungen auf Bundes-, Länder-, Regional- und Kommunalebene zu Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in den ländlichen Regionen von Nöten wären, können auch einzelne Maßnahmen seitens der Häuser der Familien ergriffen werden.

### Maßnahmen und Ansätze in der Praxis

Zwei Maßnahmen lassen sich unter diesen Strategieansatz fassen:

- (1) Zur Erleichterung der Distanzüberwindung ist die **Bereitstellung von Fahrdiensten** sowie die **Organisation von Fahrgemein-**

**schaften** eine nahe liegende Maßnahme. Für den Einsatz von Fahrdiensten sind personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich, wenn nicht beim Träger bereits vorhandene Fahrdienste mitgenutzt werden können. Auch wenn Ehrenamtliche für den Fahrdienst gewonnen werden können, muss die Anschaffung und der Unterhalt des Fahrzeuges finanziert werden. Für die Organisation von Fahrgemeinschaften sind vor allem der Koordinationsaufwand zu bewältigen sowie versicherungstechnische Fragen zu klären.

Das Projekt „**Seniorenbus in der Verbandsgemeinde Rheinböllen**“ kann als Beispiel dafür stehen, wie sich in Kooperation verschiedener Akteure ein Fahrdienst im ländlichen Raum organisiert lässt. Träger des Projektes ist die Verbandsgemeinde und der DRK Ortsverein Rheinböllen; die lokale Wirtschaft hat dieses Projekt durch die Bereitstellung von Fahrzeugen und einen finanziellen Beitrag unterstützt. Der Seniorenbus bietet für Seniorinnen und Senioren einmal wöchentlich eine Hin- und Rücktour zwischen Rheinböllen und verschiedene Ortschaften, um Einkäufe zu erledigen oder Arztbesuche wahrzunehmen; das Gemeindezentrum steht den Seniorinnen und Senioren für Ruhepausen zwischen den Besorgungen offen.

- (2) Um die Inanspruchnahme von Angeboten im Haus der Familie zu erleichtern, ist die **Abstimmung der Zeiten für Angebote auf lokale bzw. regionale Termine und Ergebnisse** eine weitere, relativ leicht umzusetzende Maßnahme. So können gezielt Anlässe wie der Besuch des Wochenmarktes, eines Festes oder bestimmter Fachärzte und Behörden genutzt werden, um Familien, ohne dass für sie zusätzlicher Fahraufwand anfällt, zu erreichen. Nicht nur die Zeiten, auch die Ziele und Inhalte von Angeboten können sich auf solche Anlässe und damit

verbundene Bedarfe beziehen, so zum Beispiel ein Kinderbetreuungsangebot für Arztbesuche oder ein offenes Begegnungscafé am Markttag.

#### **Praxisbeispiel aus den Häusern der Familien: Markttagtreff des MGH Simmern**

Das MGH Simmern öffnet sein Foyer jede Woche am Markttag und bietet Gelegenheit zum Ausruhen und zu Gesprächen. Eine Mitarbeiterin der Lebensberatung Simmern ist anwesend, um ein Kennen lernen und eine einfache Kontaktaufnahme zu ermöglichen.

### **3. Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken**

#### **Zielsetzung**

Unter Expertinnen und Experten setzt sich zunehmend die Meinung durch, dass die modernen elektronischen Medien, allen voran das Internet, im ländlichen Raum entscheidend zur Stärkung der Infrastruktur beitragen und den soziokulturellen und wirtschaftlichen Abstand zu den Verdichtungsräumen verringern können. Das Internet wird bereits von vielen Behörden, Betrieben und Privatpersonen auf dem Land als Informationsquelle und -plattform, als Bildungsangebot und Kommunikationsmittel genutzt. In diesem Sinne bietet das Internet ein wichtiges Potential, die Teilhabe insbesondere auch für Personengruppen zu ermöglichen, die aufgrund von Mobilitätseinbußen in der selbständigen Wahrnehmung von Angeboten beschränkt sind.

#### **Maßnahmen und Ansätze in der Praxis**

Auch wenn sich sicher nicht alle konzeptionellen Anforderungen bzw. konkreten Angebote eines Hauses der Familie mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken unterstützen lassen, bieten sich Einsatzmöglichkeiten im Bereich des Informations- und Wissenstransfers.

Naheliegender ist zunächst einmal Internet und Email für die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Die „klassischen“ Formen der Öffentlichkeitsarbeit -

Veranstaltungshinweise in den regionalen und lokalen Medien platzieren, Flyer und Aushänge an gut frequentierten Plätzen verteilen – sollten um die Verbreitung von Informationen über eine eigene **aktuelle und übersichtliche Homepage** ergänzt werden. Da sich gezeigt hat, dass diese Werbestrategien, vor allem wenn bestimmte Zielgruppen erreicht werden sollen, der persönlichen Information und Einladung unterlegen sind, bietet sich neben der direkten oder telefonischen Ansprache auch der Einsatz von Email an, um Personen oder Institutionen persönlich anzusprechen und auf Veranstaltungen hinzuweisen. Ein **Email-Verteiler** kann sukzessive über Teilnehmerlisten von Veranstaltungen und Angeboten aufgebaut werden.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit können die neuen Informations- und Kommunikationstechniken bei der Ausgestaltung der Lotsenfunktion hilfreich sein. Die Häuser der Familien sollen durch die Bereitstellung von Informationen über die in der Kommune vorhandenen Einrichtungen und Dienste sowie durch qualifizierte Weitervermittlung den Familien vor Ort Orientierung in der ausdifferenzierten und teilweise unüberschaubaren Angebotslandschaft bieten. Eine Maßnahme, die von einzelnen Kommunen bereits umgesetzt wurde, ist die Zusammenstellung aller Angebote und Dienste rund um die Familie in einer **Broschüre** („Familienführer“, „gelbe Seiten für Familien“). Wegen der notwendigen Aktualität liegt es nahe, eine solche Broschüre nicht nur in Papierform, sondern digital verfügbar zu machen. Die Ausweitung eines solchen Adressverzeichnisses zu einem (interaktiven) **Informationsportal „Familie“** im Internet ist ein aufwendiges Vorhaben, das Zeit, Know-how und eine bestimmte technische Ausstattung verlangt. Deshalb braucht ein solches Vorhaben die Unterstützung von versierten Kooperationspartnern, wie ehrenamtliche Experten, Fachhochschulen, Universitäten oder Firmen aus dem IT-Bereich.

Im Zusammenhang mit dem Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zeigt sich ein Qualifizierungsbedarf insbesondere mit Blick auf ältere Menschen. Während Jugendliche und jüngere Erwachsene inzwischen selbstverständlich Alltagsvorgänge in Beruf und Privatleben per Email und mittels Internet erledigen, fehlt es Seniorinnen und Senioren oftmals an entsprechenden Kompetenzen zur Handhabung der neuen Techniken. Diesen Qualifizierungsbedarf haben denn auch einige Häuser der Familien aufgegriffen und entsprechende Unterstützungsangebote für ältere Menschen zur Computernutzung – oftmals als intergeneratives Lernen – geschaffen. Interessant ist in diesem Zusammenhang das **Modellprojekt „Senioren-Internet-HelferInnen für den ländlichen Raum“** des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm (ZAWiW). Im Rahmen dieses Projektes werden interneterfahrende Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum angesprochen und auf ein bürgerschaftliches Engagement im IT-Bereich vorbereitet. Die als Senioren-Internet-HelferInnen qualifizierten Personen sollen als ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bzw. Beraterinnen und Berater andere ältere Erwachsene sowie Gruppen beim Einstieg ins Internet unterstützen. Im Rahmen des Projektes sollen auch in Kooperation mit örtlichen Bildungseinrichtungen und Träger der Altenarbeit neue Anlaufstellen für Kurse, Internetzgänge zum selbständigen Surfen und für Schulungsmaßnahmen der Senioren-Internet-HelferInnen entstehen.

Die Grundidee des Informations- und Wissenstransfers – ob mit den neuen oder herkömmlichen Techniken – als Strategie aufgreifend, geraten noch weitere, anders gelagerte Maßnahmen zur Erschließung des ländlichen Raums in den Blick. Versteht man das Haus der Familie nicht ausschließlich als örtliche Anlaufstelle mit einer bestimmten Palette von Angeboten und Diensten, sondern auch als Kompetenzzentrum



für bedarfsgerechte, niedrighschwellige, vernetzte, generationsübergreifende sowie bürgerschaftliches Engagement integrierende Unterstützung von Familien, so kann eine Streuwirkung in die Fläche auch über die **Weitergabe von Erfahrungswissen** sowie die **Initiierung und Beratung von inhaltlich verwandten Projekten und Initiativen** erzielt werden. Der Wissenstransfer bzw. die Beratung kann in Form von Informationsabenden, Workshops, Begleitung und Moderation von Arbeitsgruppen oder auch als wechselseitiges Lernarrangement erfolgen.

#### **Praxisbeispiele aus den Häusern der Familien: Prozessbegleitung / Moderation von Mehrgenerationenhäusern – ein Konzept des MGH Simmern**

Das MGH Simmern wendet sich mit diesem Konzept an Kommunen und Einrichtungen im Kreisgebiet, die sich des Mehrgenerationenthemas annehmen möchten. Diese sollen bei ihrer konzeptionellen Weiterentwicklung / Dorfentwicklung durch Prozessbegleitung und Moderation unterstützen.

#### **Lernpatenschaften – ein Konzept des MGH Simmern**

Das MGH Simmern will Lernpatenschaften zwischen ehrenamtlichen Gruppen, Initiativen und Projekten organisieren, die bestimmte Aspekte eines Mehrgenerationenhauses aufgreifen (z.B. Erzählcafés, Spielkreise, Tauschring). Durch diese Lernpatenschaften soll eine wechselseitige Unterstützung erfolgen, z.B. Austausch von Materialien und Literatur, gemeinsame Organisation von Schulungen, Weitergabe von Tipps und Tricks.

---

## **D. Schlussbemerkung**

---

Die Erfahrungen aus den ersten beiden Jahren der Implementierung von Häusern der Familien zeigen, dass die Ausgestaltung des Konzeptes Haus der Familie ein anspruchsvolles Unterfangen ist. Bei der Umsetzung vor Ort sind eine Fülle von konzeptionellen und organisatorischen Aufgaben zu lösen, die von der Klärung von Organisationsfragen, der Integration und Verknüpfung unterschiedlicher beratender, bildender und unterstützender Angebote über die Einbindung verschiedener Akteursgruppen bis zur Bearbeitung von Kooperations- und Netzwerkfragen reichen. Ein nicht minder komplexer Gegenstand ist auch der ländliche Raum, der sich nicht nur als Lebensraum für unterschiedliche Personengruppen differenziert darstellt, sondern erhebliche innerregionale Disparitäten bei der Infrastrukturausstattung ebenso wie bei den demographischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen erkennen lässt. Folglich gibt es auch auf die Frage, wie über die Häuser der Familien eine familienunterstützende Infrastruktur im ländlichen Raum weiterzuentwickeln ist, keine einfachen und abschließenden Antworten. Vielmehr versteht sich diese Handreichung als ein erster thematischer Aufschlag. Die hier formulierten Themen- und Aufgabenstellungen für die Häuser der Familien im ländlichen Raum müssen ebenso wie die dargestellten Strategieansätze vor dem Hintergrund der weiteren Implementierungserfahrungen ausdifferenziert und erweitert werden. Dazu ist ein intensiver Dialog mit der Praxis erforderlich, zu dem wir Sie als Aktive in den Häusern der Familien oder als Kooperationspartnerinnen und -partner herzlich einladen.

### III. Anhang

#### Literatur

Albrecht, J.: *Landwirtschaft heute – Grundpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums?* Trier o.J.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: *Kooperation und Vernetzung von Kindertageseinrichtungen im Sozialraum. Positionspapier beschlossen auf der 101. Arbeitstagung der BAG LJÄ vom 08. bis 10. November 2006 in Kiel*

BMFSFJ (Hg): *Effekte erzieherischer Hilfen und ihre Hintergründe. 2002*

*Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichen Engagement. Stuttgart, Berlin, Köln 2000*

Grunwald, K.; Thiersch, H.: *Das Konzept Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – einleitende Bemerkungen. In: Grunwald, K.; Thiersch, H. (Hg): Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim, München, 2. Auflage 2008, S. 13ff.*

Heitkötter, M. u.a.: *Veränderte Anforderungen an Familien – Ausgangspunkte für integrierte Infrastrukturangebote für Kinder und Eltern. In: Diller, A. u.a. (Hg): Familie im Zentrum – Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. München 2008, S. 9ff.*

Henkel, G.: *Der ländliche Raum. Berlin, Stuttgart 2004*

Kunst, F.: *Distanz und Siedlungsstruktur im dünnbesiedelten Raum. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. H.33 Berlin 1995*

Merkle, T.; Wippermann, C.: *Eltern unter Druck. Selbstverständnis, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten, Stuttgart 2008*

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (Hrsg.): *2. Landesbericht Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz 2007*

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: *Verschiedene Kulturen – Leben gemeinsam gestalten. Mainz 2007*

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz: *Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz. 2005 – 2006*

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hg): *Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV). Mainz 2008*

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (Hg): *Entwurf des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV), Mainz 2006*

Müller, H.; Darius, S.: *Den Sozialräumlichen Umbau gestalten - Evaluation des Neunkircher Modells zur sozialräumlichen Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung. Mainz 2005. S. 9ff.*

Münder, J. u.a.: *Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe. 5. Auflage, Gesetzesstand 1.4.2006, Weinheim, München 2006*

Rauschenbach, T.: *Neue Ort für Familien. In: Diller, A.; Heitkötter, M.; Rauschenbach, T. (Hg): Familie im Zentrum. Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. München 2008, S. 133ff.*

Schader Stiftung: *Neue Formen der Zuwanderung auf dem Lande. 2005*

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: *Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Bad Ems 2008*

Stöckner, U.: *Die Theorie der zentralen Orte. ISL Lehrmodul, Stand 2008*

Strohmeier, K.-P.: *Familien und Familienpolitik im Sozialraum. In: Diller, A. u.a. (Hg): Familie im Zentrum – Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. München 2008, S. 107ff.*

Rupp, M.: *Niederschwellige Familienbildung. ifb-Materialien 1-2003. Bamberg*

Textor, M.: *Teilfamilien (Online-Familienhandbuch), 2004*

---

## Projekte – Kontaktadressen

---

Beratungs- und Koordinierungsstellen (Beko-Stellen),  
Internet:  
[www.masgff.rlp.de/soziales/pflege/beratungs-und-koordinierungsstellen](http://www.masgff.rlp.de/soziales/pflege/beratungs-und-koordinierungsstellen)

Famtische, Internet: [www.famtische.de](http://www.famtische.de)

Hippy Programm, Internet: [www.hippy-deutschland.de](http://www.hippy-deutschland.de)

Modellprojekt „Zugehende Beratung in Kindertages-  
einrichtungen“ des Bistum Trier, Internet:  
[www.bistum-trier.de](http://www.bistum-trier.de)

„Mobile Elternschule (MES)“ des AWO-  
Bundesverbandes, Internet: [www.familienbildung.info](http://www.familienbildung.info)

„Senioren-Internet-HelferInnen im ländlichen Raum“  
des ZAWiW Universität Ulm, Internet: [www.senior-internethelfer.de](http://www.senior-internethelfer.de)

Projekt „Mobiler Jugendclub“ des Treff 92, Internet:  
[www.treff92.de](http://www.treff92.de)

Projekt „TigerKids – Wir bewegen Kinder.“ Internet:  
[www.tigerkids.de](http://www.tigerkids.de)

Projekt „Stadtteilmütter“, Internet:  
[www.stadtteilmuetter.de](http://www.stadtteilmuetter.de)

Seniorenbus in der Verbandsgemeinde Rheinböllen,  
Internet: [www.rheinboellen.de](http://www.rheinboellen.de)

Teilnehmerliste der AG „Ländlicher Raum“  
Haus der Familie – MGH Idar-Oberstein  
Haus der Familie – Gelbe Villa Kirchen  
Haus der Familie – MGH Simmern  
Haus der Familie – MGH Frankenthal  
Haus der Familie – MGH Alzey  
Jugendhilfeplanungsfachkräfte  
des Rhein-Hunsrückkreises,  
des Landkreises Alzey- Worms sowie  
der Stadt Speyer



ERROR: syntaxerror  
OFFENDING COMMAND: --nostringval--

STACK:

/Title  
(  
/Subject  
(D:20120412123759)  
/ModDate  
(  
/Keywords  
(PDFCreator Version 0.8.0)  
/Creator  
(D:20120412123759)  
/CreationDate  
(Kerstin)  
/Author  
-mark-